

EINSCHREIBEN
An den Kantonsrat
des Kantons St. Gallen
Klosterhof 3
9000 St. Gallen

Alex W. Brunner
Architekt HTL
Bahnhofstrasse 210
CH-8620 Wetzikon
Telefon 044 930 62 33

Datum: 28. Juli 2022
Post Code: 98.00.992105.00174278

Institutionelle Behördenkriminalität in der Schweiz

Beschwerde

Grüezi

20 Jahre sind es her, seit wir das letzte Mal miteinander so richtig in «Kontakt» standen.¹ Nun nach zwei Jahrzehnten bringe ich wieder eine Beschwerde vor, die im Kern das gleiche Problem trifft, das Sie damals vorsätzlich nicht an die Hand nehmen und beheben wollten.

Schon damals wusste ich, wo die Ursache des einzeln thematisierten Problems war. Im Unterschied zu früher weiss ich nun sehr genau, wo auch das übergeordnete Problem liegt und wie die Angelegenheit bereinigt werden könnte. Aber aus Erfahrung weiss ich, dass Politik, Justiz, Staatsverwaltung sowie weitere ominöse Zirkel kein Interesse haben, diese zu lösen, weil sie daraus einen handfesten Nutzen ziehen.

Deshalb wird das Rechtsbegehren nicht wie «üblich» am Anfang gestellt, weil es von verschiedenen Parametern abhängig ist. Zuerst muss die gesamte Beschwerde gelesen und verstanden werden, ansonsten es für die Funktionäre des Kantonsrates Konsequenzen zeitigt.

Damit die einzelnen Mitglieder des Kantonsrats auch das übergeordnete Problem verstehen, ist es zwingend erforderlich, zuerst die Gesamtschau, die Grundlagen, zu verstehen, um anschliessend in die Tiefe stossen zu können. Nur mit dieser Erklärung, die hier nur ansatzweise erfolgt, aber mit weiteren Informationsquellen versehen ist, ist es möglich, Sie an das Problem heranzuführen.

Grundlagen

Wenn wir den Zwist, der in unserer Gesellschaft immer grössere Ausmasse annimmt und sie immer mehr spaltet, verstehen und beenden wollen, müssen wir uns zuerst mit dem Grundlegenden befassen. Dabei kommen wir nicht umhin, zu lernen, wie der Verlauf der tatsächlichen Geschichte erfolgte, den wir in der Schule nicht lernen (dürfen). Erst dann begreifen wir, wie es zur heutigen Eskalation kommen konnte.

1. Die tatsächliche Geschichte

Man muss darauf verzichten, die Ereignisse für sich und voneinander getrennt zu betrachten. Nur ihre Gesamtheit kann uns den Gang der Geschichte einleuchtend erklären. Je mehr

¹ www.brunner-architekt.ch à Politik à Schriftenwechsel à Kanton St. Gallen

Überblick wir gewinnen, desto eher vermögen wir ihre Triebkräfte zu verstehen.

Lew Nikolajewitsch Graf Tolstoy (1828-1910), russischer Schriftsteller

Wenn wir einen Zwist klären wollen, müssen wir zuerst die Ursache und deren geschichtliche Entwicklung recherchieren. In einem Streit zwischen zwei einzelnen Kontrahenten, ist das einfach, wenn man bloss eine Momentaufnahme macht. Tatsächlich ist das Leben nicht eine Foto, sondern als ein Film zu betrachten. Genauso verhält es sich bei einem Zwist, erst recht, wenn dieser Zwist nicht nur seit Generationen anhält, sondern sehr viel weiter zurück reicht. Wenn man nun die Geschichte mit einbezieht, ist das schwierig, weil wir in der Schule nur Ideologien lernen und die tatsächliche Geschichte nicht einmal ansatzweise kennen.

Um den Zwist, der sich aus den permanenten gesellschaftlichen Entwicklungen bzw. Veränderungen – man kann auch sagen, der permanenten Revolution², um die Worte von Trotzki zu verwenden – entsteht, zu klären, müssen wir zuerst die Geschichte in seiner gesamten Breite und Tiefe über die letzten Jahrtausende zusammenhängend verstehen, um die Ursachen dieser Veränderungen zu identifizieren. Diese Untersuchung können wir nur objektiv – also ideologiefrei – durchführen, wenn wir wissen, wie die Natur tatsächlich funktioniert. Wie die Natur tatsächlich funktioniert, ist in unserer Gesellschaft, die sich rühmt, dass die Menschheit noch nie so einen hohen Forschungsstand erreicht habe, praktisch inexistent. An dieses Wissen kommt man höchst selten und nur zufällig. Aber es ist von entscheidender Bedeutung, dieses Wissen zu kennen, ansonsten ist es nicht möglich, den roten Faden durch die Geschichte nicht nur aufzudecken, sondern auch zu verstehen.

In diesem Sinne ist der Aufsatz *Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen), Kurzfassung*³ ein integrierender Bestandteil dieser Beschwerde. Ohne die Kenntnis dieser Zusammenhänge, die nur eine kurze Zusammenfassung bilden, ist es unmöglich, den nachfolgenden Überlegungen zu folgen und die Ursachen des generellen Zwists zu erkennen.

2. Die stillen politischen Veränderungen in der Schweiz

Ein durchschnittlicher Mensch nimmt sich in unserer hektischen Geschäftswelt nicht die Mühe, die Geschichte der letzten Jahrtausende selbständig zu recherchieren. Dazu bedarf es eines ausserordentlichen Anlasses. Dieser ausserordentliche Anlass war, weil der Beschwerdeführer von einer institutionellen Behördenkriminalität betroffen war, die im Kanton St. Gallen begann und die er im Rahmen seiner Recherche aufdeckte, dass in den 1950er Jahren die Oberaufsicht durch die Parlamente über die Staatsverwaltung, insbesondere über die Justiz, aufgehoben wurde. Die Folge war, dass die Gerichte begannen, willkürlich zu urteilen.

Das ist nicht nur eine blosser Behauptung, sondern dies kann aufgrund von offiziellen Protokollen der Justizkommissionen und den Amtsberichten der Gerichte belegt werden. Insbesondere kann dem Bundesgericht aufgrund seiner eigenen Amtsberichte statistisch einwandfrei nachgewiesen werden, dass es nach der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht durch National- und Ständerat begann, willkürlich zu urteilen. Aufgrund seiner eigenen Amtsberichte kann es zudem der Lüge überführt werden, die es benutzte, ihre Oberaufsicht in Sachen Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) abzulehnen, die es einmal nachweislich aktiv forderte. Im Verlaufe eines Jahrhunderts kann ebenfalls die Veränderung des informativen Gehalts der Amtsberichte festgestellt werden, der für Führungszwecke entscheidend ist. Dieser Gehalt ist seit den 1950er Jahren nicht nur gleich null, sondern zudem tatsachenwidrig. Das Geschilderte betrifft alle Gerichte in der ganzen Schweiz.

Aufgrund der breiten und tiefgreifenden Analyse kann festgestellt werden, dass die ersten Massnahmen zur Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht im Bund bereits in den 1910er Jahren begann, indem die Kontrollen bei den Betreibungs- und Konkursämtern vor Ort ab dem Jahre 1916 nur noch teilweise durchgeführt wurden und ab dem Jahre 1934 gar nicht mehr. 1905 war es das Bundesgericht, das diese Forderung um Kontrolle beim National- und Ständerat beantragte. Deshalb bleiben die Ple-

² Trotzki Leo, *Die permanente Revolution*, 1929.
<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1929/permrev/index.htm>

³ www.brunner-architekt.ch → Drei Welten → Deutsch → Unsere Geschichte, die wir nicht kennen (dürfen) → Kurzfassung

narprotokolle der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) ab der Gründung bis in die 1920er Jahre unter Verschluss. Aber genau am Übergang von Verschluss und Publikation gab es in der statistischen Auswertung bei den Gutheissungen im SchKG-Bereich den ersten, wenn auch kleinen registrierbaren Knick nach unten.

Die Analyse von weiteren Amtsberichten von anderen Kantonen⁴ bestätigt das im Jahre 2005 erhaltene Bild, das von allen Politikern und Gerichten ausnahmslos ignoriert wird.

In diesem Sinne ist das *Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem»*⁵, Kapitel 4 bis 7 mit den dazugehörigen Grafiken im Anhang ein weiterer integrierender Bestandteil dieser Beschwerde.

3. Wie Herrschaft ausgeübt wird

Um die vorher genannten stillen politischen Veränderungen in seiner ganzen Tragweite zu verstehen, muss man die Mechanismen der Herrschaft kennen. Als erstes geht es darum, mittels der Führungstätigkeiten den politischen Gesetzgebungsprozess zu analysieren. Diese Führungstätigkeiten lernt beispielsweise jeder Offizier in der Schweizer Armee. Es sind Tätigkeiten, die überall anwendbar sind; auch in Wirtschaft und Politik.

Aus diesen Führungstätigkeiten geht schlüssig hervor, dass ohne Anwendung deren Hauptelemente, der Anordnung, der Kontrolle und der Sanktionen, keine Herrschaft ausgeübt werden kann. Fehlt nur eine dieser Hauptführungstätigkeiten, so gibt es keine Herrschaft mehr. Da das Parlament als Vertreter des Volks die Tätigkeit der Kontrolle über die Staatsverwaltung willentlich aufgegeben hat, hat es damit nicht nur die eigene Herrschaft, sondern auch die Herrschaft des Volks aufgegeben. Weil das griechische Wort Demokratie allgemein mit Volksherrschaft übersetzt wird, haben wir deshalb auch keine Demokratie mehr. Trotzdem wird überall behauptet, dass wir in einer Demokratie leben. Das ist eine typisch babylonische Sprachverdrehung, wie sie seit Jahrtausenden praktiziert wird.

Betrachtet man alle Führungstätigkeiten, so stellt man fest, dass das Parlament als oberste Instanz der drei sozialen Mächte (Legislative, Exekutive und Judikative) seine Führung gar nicht wahrnimmt. Das Parlament lässt sich somit vorschreiben, was es zu tun hat.

Das Parlament als angeblicher Vertreter des Volks hat sich mit dieser Tat als deren Feind zu erkennen gegeben. Weil bei diesem Vorgehen auch die Regierungen und die Gerichte mitmachten, wurde offenbar, dass auch diese beiden sozialen Mächte Feinde des Volks sind. Ob die einzelnen Mitglieder aus Vorsatz oder aus Unkenntnis/Unfähigkeit handelten/handeln, sei dahingestellt. Jedenfalls bestand und besteht der politische Wille, diese Praxis bis auf den heutigen Tag so umzusetzen. Damit stellt sich die Frage, wer nun der eigentliche Herrscher ist.

Diese Frage können wir nur beantworten, wenn wir die weiteren Mechanismen der Herrschaft verstehen.

Einer davon sind die sechs Mittel der Steuerung. Das stärkste Steuerungsmittel (1) ist das unsichtbarste. Es wirkt am langsamsten und berührt die tiefgründigsten Bereiche des Lebens – es ist nur schwer fassbar und deshalb äusserst mächtig. Es ist in der Lage, fundamentale Irrtümer aufzulösen, indem es die natürliche Wahrheit sichtbar macht, Ängste beseitigt, die sonst die Menschen blockieren, sodass die Menschen nun allen Unbill zum Trotz unerschütterlich wie ein Fels in der Brandung stehen. Es ist die Philosophie, recte philosophía. Und wenn man die philosophía regelmässig praktiziert, wird man nebenbei noch gesünder. Das können die babylonisch-materialistisch Indoktrinierten nicht verstehen.

Das zweitstärkste Mittel ist die Geschichte (2), die wir aus genau diesem Grund in der Schule nicht lernen dürfen.

Das drittstärkste Mittel sind die Ideologien (3). Weil wir das stärkste Steuerungsmittel nicht mehr kennen und daher die natürliche Wahrheit – die Weisheit – nicht mehr erfahren, müssen die Menschen mit Ideologien abgespeist werden. Damit kann man sie beliebig manipulieren. In der Physik ist das ein heiss diskutiertes Thema, weil eine alle Disziplinen übergreifende Lehre fehlt. In der Natur funktioniert

⁴ www.brunner-architekt.ch à Politik à Recht à Analysen d. Amtsberichte

⁵ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem»

alles naht- und übergangslos; in der Theorie der Physik jedoch nicht. Dieses Beispiel ist nur stellvertretend für alle anderen Bereiche.

Das viertstärkste, aber das drittschnellste Mittel ist die Ökonomie (4). Mit Geld kann man heute alles kaufen, sogar die Moral, weil alles eine Frage des Preises geworden ist. Um dieses Mittel nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial zu verstehen, muss man zuerst im Minimum die drei gesellschaftszerstrenden Hauptproblematiken des Geldes (Zins, Geld als Schuld und die Geldschöpfung) begreifen. Unser heutiges Geldsystem führt automatisch dazu, dass das Vermögen von den Armen zu den Reichen verschoben wird, wobei die Armen immer zahlreicher und die Reichen immer weniger werden.

Das zweitschwächste, aber das zweitschnellste Mittel ist die Gesundheit (5). Weil wir keine Kenntnis mehr von der Philosophie, recte philosophía, haben und damit nicht mehr erfahren können, werden wir mit Ideologien abgesehen. Die medizinische Schulwissenschaft weiss daher gar nicht, wie der menschliche Körper funktioniert, weil deren Ausbildung ein mechanisches Bild, bzw. mehrere Ideologien, vermittelt. Wenn man die Philosophie, recte philosophía, im Grundsatz versteht, so weiss man, dass Materie eigentlich gar nicht existiert. Materie besteht nur aus Geist und dieser Geist ist das treibende Element. Das bestätigt sogar die heutige Quantenphysik. Daher sind praktisch alle schulmedizinischen Massnahmen darauf ausgerichtet, den Menschen zu schaden. Wenn man noch etwas mit der Natur verbunden ist und nicht an das behördliche Narrativ, den Lügen bzw. den Ideologien, glaubt, welches von den Medien munter verbreitet werden, sticht das einem vor allem im Rahmen der Corona-Pandemie ins Auge.

Das schwächste aber zugleich das schnellste Mittel ist die physische Gewalt (6). Sie wird durch staatliche Agenten, Polizei, Terrorgruppen, Armeen, Revolutionen und weiterer exzessiver Gewaltanwendung, kombiniert sowie mit falscher Berichterstattung, Falschbegründungen, ideologisch gesteuerter Opposition etc. umgesetzt.

Nun muss man sich fragen, wer im Nationalstaat die verschiedenen Ideologien fabriziert. Bei genauerer Betrachtung sind es weder die Legislative, noch die Exekutive und schon gar nicht die Judikative. Demzufolge muss es eine übergeordnete Macht geben: Die ideologische Macht. Schlussendlich muss jemand anordnen, wann wo welche Ideologie mit welcher Intensität und welchem Ziel umzusetzen ist. Der eigentliche Herrscher ist nämlich jener, der dies anordnen kann. Dieser ist die fünfte und oberste soziale Macht.

Wer den Mechanismus der Herrschaft versteht, begreift, dass die Regierungen nur Ideologien in Gesetze verpacken, die die Parlamente theatralisch abnicken und die Gerichte haben nur den Auftrag, diese Ideologien zu schützen.

In diesem Sinne ist der Aufsatz *Herrschaft*⁶ ein integrierender Bestandteil dieser Beschwerde.

4. Ideologie Mensch/Person

Ziel dieses Herrschers war und ist es, die gesamte Menschheit in blinder und absoluter Unterwerfung an eine Hierarchie zu binden, die vollständig von den Herrschern Babylons abhängig ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine weitere Ideologie, um den Menschen vorzuschreiben, was sie zu Tun und Lassen haben, damit sie die in Gesetze gegossenen Ideologien umsetzen.

Zu diesem Zweck werden die Menschen zu Personen (Strohmann) gemacht. Dieser Betrug nimmt mit der Geburtsanzeige seinen Lauf, indem das Zivilstandsamt im Auftrag des Staates daraus den Geburtschein erstellt. Er ist nichts anderes als ein Strohmann, aus der die Person des geborenen Menschen fabriziert wird. Diese Verwaltungshandlung ist ein Akt ohne gesetzliche Rechtsgrundlage. Den Menschen macht man nun glauben, sie seien dieses Konstrukt Person, der Strohmann, womit sie sich damit identifizieren. Die semantische Umdeutung von Wortbegriffen trägt das übrige bei. Weiteres dazu in den *Grundlageninformationen SIPS*⁷ und im Teilaufsatz *Ideologie Person*⁸.

⁶ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Herrschaft

⁷ www.hot-sips.com à Links, weitere Unterlagen à Grundlageninfo

⁸ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologie Person

Der Mensch ist von Geburt an frei. Mit der Ideologie Person wird nun diesen Menschen erklärt, sie seien diese Person und damit wird ihnen per Gesetz vorgeschrieben, was die Personen zu tun und lassen haben. Nach Gesetz können nur Personen bestraft werden, müssen nur Personen Steuern bezahlen und müssen nur Personen die Corona-Massnahmen umsetzen, nicht jedoch Menschen.

Nach Art. 36 Bundesverfassung (BV, SR 100) müssten Einschränkungen der Grundrechte gesetzlich geregelt werden. Doch das war nie Absicht, denn damit würde der Kerngehalt dieser Ideologie angegriffen. Mit einer gesetzlichen Definition zur Einschränkung der elementarsten Grundrechte würden Diskussionen provoziert, das die Herrschaft von Babylon über die Menschen in Frage stellen würde. Aus diesem Grund wurde und wird diese Ideologie bewusst totgeschwiegen.

Selbst das Zivilgesetzbuch (ZGB, SR 210) spricht sich im Personenrecht nicht explizit darüber aus. Art. 11 Rechtsfähigkeit, Abs. 2: *Für alle Menschen besteht demgemäss in den Schranken der Rechtsordnung die gleiche Fähigkeit, Rechte und Pflichten.* Und Art. 16 Urteilsfähigkeit: *Urteilsfähig im Sinne dieses Gesetzes ist jede Person, ...*

Eine Person kann gar nicht urteilsfähig sein, weil sie ein juristisches Konstrukt und nicht beseelt ist. In geschichtlicher Hinsicht wurde das Wort «Person» im 13. Jahrhundert aus dem lateinischen persona entlehnt, das für die Maske des Schauspielers; des Strohmannes, steht. Diese Definition bzw. Ideologie «Person» wurde gezielt eingeführt, um die Menschen «rechtlich» zuerst zu unfreien Menschen, Personen (Strohmannern) und danach zu Sklaven = Sachen, einer Handelsware zu machen. Der Begriff «Person» als Synonym des Menschen wurde erst im Rahmen der Sprachverdrehung über die Jahrhunderte gleichgesetzt. Dahinter steckt wiederum Herrschaftswissen. Siehe dazu den Aufsatz Herrschaft.

Und wenn nun der Staat diesen (fiktiven) Personen, die er ohne Gesetzesgrundlage fabriziert hat, Forderungen in Form von Steuern, Abgaben, Bussen etc. stellt, so ist das ein Insichgeschäft und damit ein weiterer Betrug. Und diesem Mittel bedienen sich die Behörden und Ämter tagtäglich, womit sie einmal mehr bestätigen, für wen sie arbeiten.

Die Menschenrechte

Betrachten wir die für die Schweiz erstmals gültige Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK, SR 0.101), welche am 28. November 1974 vom Bilderberger und Mitglied des Club of Rome, Bundesrat Kurt Furgler, einem Verbrecher, ratifiziert und in Kraft gesetzt wurde.

In der Präambel wird erwähnt, dass diese Erklärung folgendes bezweckt,

- die universelle und wirksame Anerkennung und Einhaltung der in ihr aufgeführten Rechte zu gewährleisten
- die Mitglieder des Europarates enger zu verbinden,
- die Wahrung und Fortentwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten
- sie soll die Grundlage von Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bilden und
- sie soll durch eine demokratische politische Ordnung sowie durch ein gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame Achtung gesichert werden.

Das sind hehre Worte. Doch wenn man allein schon die tatsächliche Bedeutung des Wortes Demokratie/demokratisch verstanden hat, erkennt man diese Erklärung als blosser Heuchelei, als ein weiteres Mittel, die Menschen für dumm zu verkaufen. Alle diese Forderungen bilden Teilziele, damit Babylon das jahrtausendealte Endziel erreichen kann.

Weiter heisst es in Art. 1 *Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte: Die Hohen Vertragsparteien sichern allen ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Personen die in Abschnitt I bestimmten Rechte und Freiheiten zu.* In der Menschenrechtskonvention (EMKR) ist deshalb nicht von Menschen die Rede, sondern von Personen. Der Titel Menschenrechtskonvention dient daher nur als Täuschung, denn es ist Absicht, die Menschen unter der babylonischen Hoheitsgewalt zu halten, damit das babylonische Ziel erreicht werden kann.

Aus diesem Grund werden nur rund zwei Prozent der Beschwerden vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gutgeheissen und diese werden selbstverständlich nach ideologischen Kriterien entschieden. Selbst Beschwerden wegen Art. 6 über das *Recht auf ein faires Verfahren*, indem die

Unabhängigkeit und die Unparteilichkeit der Gerichte in Frage gestellt werden, werden abgewiesen.⁹ Damit wird einmal mehr bestätigt, dass es die Aufgabe der Gerichte ist, die entsprechenden Ideologien zu schützen.

Sie Schweiz ist seit dem 10. September 2002 Mitglied der Vereinten Nationen. Deshalb gilt auch deren Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) vom 10. Dezember 1948.¹⁰

In der Präambel werden wiederum hehre Worte verwendet:

- Die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräusserlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen bilde die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt, wird im ersten Absatz behauptet.
- Die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte hätten zu Akten der Barbarei geführt.
- Es sei notwendig, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen werde, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen.
- In der Präambel wird wohl von Menschenrechten geschwafelt, doch diese werden mit ... *die Würde und den Wert der menschlichen Person* ... bereits unterminiert.

Bereits aus der Präambel wird erkennbar, woher der Wind bläst. Das erstaunt nicht, denn die Vereinten Nationen sind durch und durch babylonisch.

Die Aussage, die Menschenrechte seien durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, bedeutet nichts anderes, als dass die Menschen unter dem Joch von Babylon zu halten sind. Aus diesem Grund brauchen wir den Rechtsstaat, der alles definiert, wie die Herrscher von Babylon die Menschheit haben will. Politik und Justiz sind dabei die willfährigen Lakaien und die Staatsverwaltung hat das rücksichtslos durchzusetzen.

In Art. 1 heisst es: *Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.* Das ist der Aufhänger, an dem sich die meisten Menschen halten, aber schlussendlich werden sie veräppelt, weil die AEMR die Menschen zu Personen macht. Es ist eine typisch babylonische Verdrehung, wie sie überall vorhanden ist. Frei geboren ist korrekt, aber dann werden sie durch den Staat mittels des Geburtscheins zu unfreien Personen gemacht.

Art. 3: *Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.* Ja, er hat das Recht einer Person, aber nicht eines Menschen.

Art. 6: *Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.* Dieser Artikel wird vielfach auch zitiert als: *Jeder Mensch hat überall Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson.* In diesen Kommentaren¹¹ wird folgendes behauptet: Damit soll verhindert werden, dass einzelne Menschen nur als Objekte behandelt werden, wie dies etwa die Römer mit den Sklaven hielten. Eine Person ist ein Status zwischen einem Menschen und einem Sklaven. Er ist daher weder ein Mensch noch ein Sklave. Letzteres wird demnächst passieren und aus wirtschaftlich-monetärer Sicht gesehen, sind die Menschen bereits seit langer Zeit Sklaven.

Und in Art. 7 heisst es: *Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und ...* Ja, klar, die Menschen sind gleich, aber nicht die Personen. Die grosse Masse der Menschen sind jedoch durch den Staat – durch Politik, Verwaltung und Justiz – auf den Status der Personen gedrückt worden. Nur die obersten Babylonier haben den Status eines Menschen.

5. Behörden und Ämter als Firmen

Zur grundlegenden Thematik *Behörden und Ämter als Firmen* wird auf die integrierenden Texte *Grundlageninfo SIPS⁷*, *Ideologie Behörden als Firmen¹²* sowie auf die *Privatisierung der Behörden¹³* verwiesen.

⁹ www.brunner-architekt.ch à Politik à Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

¹⁰ <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>

¹¹ <https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-instrumente/aemr/>

¹² www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologie Behörden als Firmen

¹³ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Privatisierung der Behörden

Übersicht

Die legale Privatisierung von SBB und PTT erfolgte mit einem entsprechenden Gesetz, das dem fakultativen Referendum unterlag, welches nicht ergriffen wurde. Die Diskussion war jedenfalls öffentlich. Die Umwandlung von Bund, Kanton und Gemeinden mit ihrer jeweiligen Verwaltung erfolgte seither jedoch nie durch Beschluss durch Parlamente und Volk, weshalb alle diese einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen nun illegale Kapitalgesellschaften sind, die nicht nur hoheitlich, sondern auch handelsrechtlich keine Legitimation haben.

In Art. 52 Abs. 2 Zivilgesetzbuch (ZGB, SR 210) heisst es seit der ersten Ausgabe im Jahre 1911: *Keiner Eintragung bedürfen die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten sowie die Vereine, die nicht wirtschaftliche Zwecke verfolgen.*

Welche Organisationen das Handelsregister aufzunehmen hat, regelte schon die Handelsregisterverordnung (HRegV; SR 221.411) vom 7. Juni 1937 mit Stand vom 15. November 1989, in Kraft seit dem 1. Januar 1990¹⁴. In Artikel 10 Inhalt des Registers, Bst. k sind erstmals die selbständigen Gewerbe des öffentlichen Rechts erwähnt und in der Fassung vom 1. Juni 2004 heisst es neu nur noch Institute des öffentlichen Rechts (Art. 2 Bst. d FusG).

In Art. 53 der HRegV, Die Arten der eintragungspflichtigen Gewerbe, heisst es unter Buchstabe C. *Zu den andern, nach kaufmännischer Art geführten Gewerben gehören diejenigen, die nicht Handels- oder Fabrikationsgewerbe sind, jedoch nach Art und Umfang des Unternehmens einen kaufmännischen Betrieb und eine geordnete Buchführung erfordern.* Darunter fallen selbstverständlich auch alle öffentlich-rechtlichen Institutionen, zumal sie ja auch eine geordnete Buchhaltung zu führen haben, welche formell von den jeweiligen parlamentarischen Kommissionen «kontrolliert» werden sollten.

In Art. 69 mit dem Titel *Gewerbebetrieb als Voraussetzung der Eintragung* heisst es: *Es können nur Zweigniederlassungen von Gewerben in das Handelsregister eingetragen werden.* Wenn nun eine Zweigniederlassung ein Gewerbe ist, so übt auch die Muttergesellschaft ein Gewerbe aus und ist daher Eintragungspflichtig.

In der neu revidierten Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007, in Kraft seit dem 1. Januar 2008, heisst es seither in Art. 107, Inhalt des Eintrags: *Bei Instituten des öffentlichen Rechts müssen ins Handelsregister eingetragen werden:* Dann folgen alle Elemente, die anzugeben sind. Das heisst, die Institute des öffentlichen Rechts sind handelsregisterpflichtig.

Das Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG; SR 221.301) wurde am 3. Oktober 2003 vom Parlament verabschiedet. Darin heisst es in Art. 1:

1 Dieses Gesetz regelt die Anpassung der rechtlichen Strukturen von Kapitalgesellschaften, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften, Genossenschaften, Vereinen, Stiftungen und Einzelunternehmen im Zusammenhang mit Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung.

2 Es gewährleistet dabei die Rechtssicherheit und Transparenz und schützt Gläubigerinnen und Gläubiger, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Personen mit Minderheitsbeteiligungen.

3 Ferner legt es die privatrechtlichen Voraussetzungen fest, unter welchen Institute des öffentlichen Rechts mit privatrechtlichen Rechtsträgern fusionieren, sich in privatrechtliche Rechtsträger umwandeln oder sich an Vermögensübertragungen beteiligen können.

Und in Art. 2 Bst. d Begriffe des Fusionsgesetzes heisst es:

Institute des öffentlichen Rechts: im Handelsregister eingetragene, organisatorisch verselbständigte Einrichtungen des öffentlichen Rechts des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, unabhängig davon, ob sie als juristische Person ausgestaltet sind oder nicht;

Das Fusionsgesetz ist neueren Datum als Art. 52 Abs. 2 ZGB. Im Fusionsgesetz, das mehrfach revidiert wurde, wurde die Pflicht der Eintragung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften in den verschiedenen Revisionen immer wieder bestätigt und die Handelsregisterverordnung kannte diese Pflicht schon vorher. Aus diesem Vorgehen kann die politische Absicht erkannt werden, weshalb heute Art. 52 Abs. 2

¹⁴ Fassung vom 01.02.2004, https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/53/577_573_593/de

ZGB obsolet ist und nur noch zur Täuschung des Volkes dient, damit der Prozess der Privatisierung gegen den Willen des Volks durchgesetzt werden kann. Aus diesem Grund verweigern die Handelsregisterämter die Auszüge, gestützt auf Art. 52 Abs. 2 ZGB, zu diesen Firmen. Damit wird der Betrug erst richtig manifest, weil die drei Mächte im Nationalstaat, Legislative, Exekutive und Judikative, nachweislich wiederholt miteinander gegen das Volk agieren. Dazu sollte man endlich wissen, wie Herrschaft ausgeübt wird und vor allem die Entstehung der Gesetzgebung anhand der Führungstätigkeiten analysieren.⁶

Mit der Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen in private Kapitalgesellschaften und damit verbunden mit einem Handelsregistereintrag, verfolgen alle diese neuen Firmen nur noch wirtschaftliche Zwecke. Daraus wird ersichtlich, dass es, wie im Fusionsgesetz definiert, politische Absicht ist, die Institute des öffentlichen Rechts mit privatrechtlichen Rechtsträgern zu fusionieren. Diese Absicht wurde jedoch noch nie in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Politik hüllt sich deshalb vorsätzlich, zusammen mit den Medien, in Schweigen, um den Betrug am Volk zu vollziehen. Dabei muss die Staatsverwaltung, insbesondere die Gerichte, die dabei eingesetzten Ideologien schützen, womit das Verhalten der Gerichte wieder bestätigt wird.

Die Umwandlung der ehemals öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften erfolgte ohne die Zustimmung des Volks und ist daher illegal. Dadurch wurde diesen Gesellschaften keine hoheitliche Legitimation übertragen, womit sie sich selbst um ihre Kompetenz gebracht haben. Deshalb sind alle ihre behaupteten Amtshandlungen im Minimum nichts anderes als Amtsanmassungen gemäss Art. 287 Strafgesetzbuch (StGB, SR 311.0).

Aus handelsrechtlicher Sicht ist davon auszugehen, dass alle Daten im Register erfasst wurden. Doch es bleibt ein grundlegender Mangel bestehen: Diese neuen Firmen wurden nie im Schweizerischen Handelsamtsblatt publiziert, weshalb es diese Firmen formell gar nicht gibt. Deshalb sind sie aus handelsrechtlicher Sicht nicht befugt Handel zu betreiben. Aber auch deren Handelsberechtigten wurden nie im Handelsamtsblatt publiziert. Das bedeutet, dass nicht nur diese Handelsberechtigten, sondern auch alle Angestellten dieser illegal gegründeten Firmen, die sich nach wie vor öffentlich-rechtliche Institutionen schimpfen, für alles Tun und Lassen privat und deshalb mit ihrem eigenen Vermögen haften.

Die Konsequenz dieser Unterlassungen ist, dass sich diese Firmen als angebliche Behörden bzw. deren Angestellten nicht mehr auf das öffentliche Recht berufen können, weil sie über gar keine hoheitliche Legitimation verfügen. Somit stehen sie auf der gleichen rechtlichen Stufe wie alle Menschen, weshalb nur noch das Handelsrecht gilt.

Weiteres siehe in Grundlageninfo SIPS⁷, in Ideologie Person⁸ und in Privatisierung der Behörden¹³.

Die Veränderung der Gesetzgebung ...

Es ist nicht der Beschwerdeführer, der den immer stärker werdenden Konzentrationsprozess bemängelt. Das haben auch andere festgestellt, allerdings in einem engeren Gebiet. So schreibt etwa die Schweizerische Kirchenzeitung im Aufsatz Subsidiarität und Föderalismus:¹⁵

... In den letzten Jahren ist allerdings ein Prozess der schleichenden Zentralisierung auch in der Schweiz wie in anderen Staaten feststellbar, obschon die gegenwärtig geltende Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Grundsatz der Subsidiarität seit 2005 explizit garantiert. Neue Ausgaben- und Einnahmenverbände sind seither geschaffen, weitere Politikbereiche vereinheitlicht worden. ...¹⁶

Als Professor für Politische Ökonomie und ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung von Economiesuisse, einer babylonischen Lobby-Organisation, muss es Christoph A. Schaltegger wissen, wovon er spricht, weil er Insiderwissen haben muss. Weiter wird darin berichtet:

¹⁵ <https://www.kirchenzeitung.ch/article/subsidiaritaet-und-foederalismus-9700>

¹⁶ Dazu ausführlich: Christoph A. Schaltegger / Marc M. Winistörfer: Zur Begrenzung der schleichenden Zentralisierung im Schweizerischen Bundesstaat, in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 65 (2014), 183–229.

... Man könnte zugespitzt sagen, dass die Gliedstaaten sich zu einem Steuerkartell zusammenschliessen und die Zentralisierung ein Mittel zur Stabilisierung des an sich instabilen Kartells ist. Als Entgelt für die Überwachung der kolludierenden Gliedstaaten wird der Zentralstaat anteilmässig am Kartellgewinn beteiligt. ...¹⁷

Letzteres schreibt sogar der Volkswirt und Babylonier Charles B. Blankart. Als Mitglied der babylonischen Organisationen Mont Pèlerin Society und der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft muss er es wissen.

Das instabile Kartell ist natürlich nur eine geschickte Tarnung, damit die Prozesse der Vereinheitlichung nicht erkannt werden und zudem werden die Probleme nur ansatzweise beschrieben, damit die dummen Gehaltene die dahinter steckenden Ziele nicht erkennen können.

Dieser immer stärker werdende Konzentrationsprozess wird im Steuerrecht durch die Intra-European Organisation of Tax Administrations (IOTA) (innereuropäische Organisation der Steuerverwaltungen) gesteuert. Die Idee der IOTA entstand im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses. Sie wurde 1996 gegründet und hat 44 Steuerverwaltungen als Mitglieder. Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) ist seit 2006 Mitglied der IOTA.¹⁸

Ein weiterer Blick auf das internationale Steuerrecht verdeutlicht die lückenlose Überwachung und die Kontrolle. Man denke nur an den automatischen Informationsaustausch (AIA). Hier übermittelt die ESTV den ausländischen Steuerbehörden Informationen zu Kapitaleinkommensarten und Saldi von Kundenkonten von Personen, die im Ausland steuerlich ansässig sind. Oder beim Country-by-Country-Reporting (CbCR) tauscht die ESTV mit ausländischen Steuerbehörden länderbezogener Berichte multinationaler Unternehmen aus. Sie beinhalten Umsätze, Steuern und Kennzahlen sowie Angaben zu sämtlichen Rechtsträgern.

Schlussendlich wird die sogenannte «Amts- und Rechtshilfe» ausgeübt, indem Informationen zwischen internationalen Steuerbehörden gemäss Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), den Spontanen Informationsaustausch SIA und die Steueramtshilfe gemäss Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) ausgetauscht werden.¹⁹ Man beachte, dass das natürlich alles völlig illegal geschieht, weil die Steuerverwaltung über gar keine hoheitliche Legitimation verfügt.

... am Beispiel der Mehrwertsteuer

Die heutige Mehrwertsteuer (MWST) ist der Nachfolger der einstigen Warenumsatzsteuer (WUST). Letztere wurde als fiskalische Reaktion des Zweiten Weltkrieges durch den Bundesratsbeschluss vom 29. Juli 1941 über die Warenumsatzsteuer eingeführt und wurde Ende 1995 von der Mehrwertsteuer abgelöst. Dafür wurde das Bundesgesetz vom 2. September 1999 über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG, SR 641.20) erlassen, welches am 12. Juni 2009 durch ein neues Mehrwertsteuergesetz ersetzt wurde. Rein fiskalisch ist der Zweite Weltkrieg somit nach wie vor nicht beendet, sondern nur sprachlich umgedeutet.

Im ersten Mehrwertsteuergesetz aus dem Jahre 1999 wurde das Gemeinwesen erstmals genauer definiert. So waren beispielsweise Lieferungen von Wasser, Gas, Elektrizität, thermischer Energie und ähnlichen Gegenständen und Tätigkeiten von Amtsnotaren, Vermessungsbüros steuerbar.

Erst mit dem Mehrwertsteuergesetz von 2009 wird in Art. 3 Begriffe, Bst. g das Gemeinwesen grundsätzlich neu geregelt. Als hoheitliche Tätigkeit wird jede Leistung bezeichnet, die nicht unternehmerischer Natur ist, namentlich nicht marktfähig ist und nicht im Wettbewerb mit Tätigkeiten privater Anbieter steht, selbst wenn für die Tätigkeit Gebühren, Beiträge oder sonstige Abgaben erhoben werden.

Im Mehrwertsteuergesetz aus dem Jahre 2009 wird in Art. 12 das Gemeinwesen thematisiert. Darin heisst es, dass die autonomen Dienststellen von Bund, Kantonen und Gemeinden und die übrigen

¹⁷ Zur Kartellthese siehe Charles B. Blankart: Die schleichende Zentralisierung der Staatstätigkeit: Eine Fallstudie, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Vierteljahresschrift der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik 119 (1999), 331–350.

¹⁸ <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/internationales-steuerrecht/iota.html>

¹⁹ <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home.html>

Einrichtungen des öffentlichen Rechts Steuersubjekte seien. Steuerpflichtig sind sie erst, wenn sie mehr als 100'000 Franken Umsatz pro Jahr aus steuerbaren Leistungen an Nichtgemeinwesen stammen.

In der Mehrwertsteuerverordnung (MWSTV, SR 641.201) wird sodann wieder definiert, welche Tätigkeiten als unternehmerisch und damit als steuerbar gelten. Neu fallen u.a. auch die Rauchgaskontrollen unter die Steuerpflicht.

Weiter gibt es umfangreiche MWST-Branchen-Infos²⁰ für 26 Branchen. Allein die Infos für die Gemeinwesen umfassen 160 PDF-Seiten. Darin werden zwischen unternehmerischer und hoheitlicher Tätigkeit unterschieden. Bei der unternehmerischen Tätigkeit wird wiederum zwischen steuerbaren und steuerbefreiter Leistungen einerseits und von der Steuer ausgenommene Leistungen unterschieden. Im Grundsatz ist ein Gemeinwesen hoheitlich, wenn es nicht unternehmerischer Natur, namentlich nicht marktfähig ist und nicht im Wettbewerb mit Tätigkeiten privater Anbieter steht.

Noch komplizierter wird es, wenn Gemeinden gewisse Bereiche zusammen legen. Dann gelten diese Bereiche nicht mehr als Organisationseinheit im Sinne von Art. 21. Abs. 5 MWSTG, weshalb neu die Mehrwertsteuerpflicht gilt.

Gesamthaft bekommt man den Eindruck, dass das MWSTG bereits ans Fusionsgesetz angepasst wurde, indem es unerheblich sein wird, ob nun ein Gemeinwesen mit einem privaten Rechtsträger fusioniert ist oder nicht. Es geht aber auch darum, die Mehrwertsteuer irgendwann auf alles auszudehnen, wenn alle Gemeinwesen in privater Hand sind.

Die einzelnen «Behörden und Ämter»

La Confédération Suisse (Schweizerische Eidgenossenschaft) wurde im Jahre 2014 in die höchste Muttergesellschaft (Ultimate Parent) mit total 999 Subsidiaries (Tochterfirmen) und Branches (Zweigniederlassungen) umgewandelt und hat ihren Sitz irgendwo in Belgien. Siehe unter www.dnb.com.²¹

Gleichzeitig gibt es in der Schweiz eine Firma namens Schweizerische Eidgenossenschaft, die über Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland verfügt. Siehe unter www.monetas.ch.

Die Eidgenössische Bundesverwaltung wurde am 12. Juli 2006 in eine Tochter- und zugleich in eine Muttergesellschaft umgewandelt. Sie verfügt über Tochtergesellschaften im Ausland. Sie hat einen Verwaltungsrat, der mit dem Bundesrat identisch ist. Verwaltungsräte gibt es nur in Aktiengesellschaften. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Die Bundeskanzlei wurde bereits am 30. August 2002 in eine Tochter- und zugleich in eine Muttergesellschaft umgewandelt. Auch sie ist eine Kapitalgesellschaft. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Daraus geht schlüssig hervor, dass der ganze Bundesrat nur noch pro forma eine Behörde ist, um das bestehende Bild der Ideologie «Demokratie» in den Köpfen der unwissenden und vorsätzlich verdummt Menschen in Erinnerung zu halten. Tatsächlich ist er ein handlungsberechtigtes Organ einer hoheitlich und handelsrechtlich nicht legitimierten sowie illegal gegründeten Firma, die sich anmasst, hoheitliche Handlungen zu erlassen, anzuwenden und durchzusetzen. Dazu stehen ihm die gesamte Staatsverwaltung sowie auch die Kantone und Gemeinden als untergeordnete und damit befehlsnehmende Tochterfirmen zur Verfügung.

Der Bundesrat kann nicht nur ab diesem Datum keine hoheitlichen Handlungen mehr vollziehen, denn er hat diese Umwandlung der gesamten Nation in eine Holdingfirma in strategischer Weitsicht geplant. Korrekterweise muss festgehalten werden, dass er die Planung von Babylon in dessen Auftrag umgesetzt hat bzw. umsetzen musste, denn er ist wie das Parlament bloss ein biederer und korrupter Lakai.

Weiter gilt es noch zu klären, ob die Bundesversammlung mit der UID-Nummer CHE-420.485.329 ebenfalls bereits eine private Kapitalgesellschaft ist. Da die Bundesversammlung ebenfalls ein Teil von

²⁰ Suchen unter Praxispublikationen und www.gate.estv.admin.ch oder direkt unter <https://www.gate.estv.admin.ch/mwst-webpublikationen/public/pages/sectorInfos/tableOfContent.xhtml?publicationId=1004706&lang=de>

²¹ Seit Anfangs Juli 2022 sind die Daten nur noch via Bezahlschranke sichtbar.

La Confédération Suisse ist, die im Jahre 2014 «incorporated» wurde, ist sie spätestens seit diesem Zeitpunkt im Minimum eine angegliederte Organisationseinheit von *La Confédération Suisse*. Deshalb können ihre Beschlüsse allerspätestens seit diesem Datum keine rechtliche Wirkung entfalten. Weil der Bundesrat alle Gesetze in Kraft setzt und die Bundeskanzlei diese Geschäfte vorbereitet und umsetzt, sind seit dem Jahre 2002 sämtliche Inkraftsetzungen ohne Kraft bzw. Legitimität.

Der Zürcher Kantonsrat mit dem Namen «*Kantonsrat während des Ratssitzungen*» macht es vor, weshalb er als Parent bzw. als Subsidiary beschrieben wird. Weitere Angaben fehlen, aber diese genügen, ihn als eine Kapitalgesellschaft zu entlarven. Und so wird es auch bei den übrigen Parlamenten der Fall sein. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Wirtschaftsdaten und deren Quellen

Die verschiedenen Wirtschaftsdaten stammen von den beiden privaten Datenbanken monetas.ch und dnb.com. Man muss die jeweiligen Einträge der beiden Datenbanken zusammenfassen, um eine bessere Übersicht zu erhalten.²² Gemäss dnb.com gibt es in der Schweiz mehr als 7000 sogenannter «behördlicher» Firmen.

Aus diesen Recherchen kristallisieren sich zwei Sachverhalte heraus: Erstens muss festgehalten werden, dass es sich mehrheitlich um Aktiengesellschaften handeln muss, weil die Hinweise auf Verwaltungsräte, Mutter- und Tochtergesellschaften sowie Zweigniederlassungen zahlreich sind. So kann am Beispiel des Kantons Glarus festgestellt werden, dass alle drei Gemeinden über einen Verwaltungsrat verfügen. Im Kanton Wallis ist es bei der dürftigen Datenlage sogar möglich nachzuweisen, dass die Hälfte der Gemeinden über einen Verwaltungsrat verfügen. Sie sind also Aktiengesellschaften. Das ist nur eine logische Folge der aufgezeigten Gesetzgebung, weil mit diesen Kapitalgesellschaften Fusionen, Spaltungen etc. sehr einfach umzusetzen sind, die in der Öffentlichkeit nicht publik werden. Zweitens erschliesst sich aus den verschiedenen Bezeichnungen dieser «Behörden und Ämter» als Mutter- (Parent) und Tochtergesellschaften (Subsidiary), dass die ganze Schweiz holdingartig strukturiert ist. Das wiederum ergibt sich bereits aus der Subsidiarität der ehemaligen öffentlich-rechtlichen Institutionen von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Die Dun & Bradstreet Schweiz AG bestätigt in ihrem Schreiben vom 30. November 2021²³, dass ihre Daten aus öffentlichen Quellen (SHAB, schweizerisches Handelsamtsblatt) sowie von Inkassounternehmen/Geschäftspartnern, oder Firmeninterviews stammen. Zu den Geschäftspartnern gehören selbstverständlicher Weise auch die Handelsregister. Das durfte schriftlich – mit Rücksicht auf diese «Geschäftspartner» – nicht so erwähnt werden. Bei der mündlichen Anfrage vom 16. November 2021 hiess es noch schlicht und einfach, die Daten stammen von den Handelsregistern, vom Zefix sowie vom Bundesamt für Statistik. Die genannten Organisationen sind damit nichts anderes als Geschäftspartner von Dun & Bradstreet Schweiz AG und damit Unternehmen im Sinne des Fusionsgesetzes.

Die zeitliche Entwicklung

Mit der Inkraftsetzung des ZGB im Jahre 1911 konnten nun auch die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten, die wirtschaftliche Zwecke verfolgten, ins Handelsregister eingetragen werden.

Die erste im Moment bekannte «öffentlich-rechtliche Institution», war die Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV in Bern, welche schon im Jahre 1915 als Kapitalgesellschaft ins Handelsregister eingetragen wurde. Siehe unter www.monetas.ch und www.dnb.com.

Die Umwandlung der Eidgenössischen Steuerverwaltung in eine Kapitalgesellschaft im Jahre 1915 fällt genau auf die neue Verteilung der Steuerquellen.²⁴ In dieser Publikation wird auch eindrücklich dargestellt, ab wann die verschiedenen Steuern erhoben wurden. Sie wurden immer mehr und immer teurer.

²² www.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Allgemein à Liste von Behörden und Ämter mit Handelsregistereintrag

²³ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologien à Stellungnahme der Dun&Bradstreet Schweiz AG, vom 30. November 2021

²⁴ www.estv.admin.ch à Die ESTV à Steuersystem Schweiz à Das Schweizerische Steuersystem à PDF

Die Eidgenössische Steuerverwaltung verfolgt daher seit mehr als einem Jahrhundert nur wirtschaftliche Zwecke (Art. 52 Abs. 2 ZGB). Die Steuern sind in einem Staat die Einnahmequelle. Und wenn diese Einnahmequelle nur wirtschaftliche Zwecke verfolgt, so heisst das praktisch, dass der Staat nur ein Wirtschaftsunternehmen ist und keine gesellschaftliche Funktion hat, weil alles nur noch auf die Ökonomie ausgerichtet ist. Deshalb wird alles monetarisiert, sogar das Leben. Aber solange man das Wesen des Geldes nicht versteht, wird man auch die Zusammenhänge und Interaktionen nicht verstehen. Aus diesem Grund hat in den letzten beiden Jahrtausenden niemand die Frage gestellt, weshalb der Mensch auf dieser Welt existiert.

Aufgrund des babylonischen Zeitplans öffnete sich das Zeitfenster, um die einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften umzuwandeln. Damit die Veränderung nicht so offensichtlich wurde, mussten zuerst die rechtlichen Grundlagen sukzessive angepasst werden. Zu diesem Zweck wurde die Handelsregisterverordnung auf den 1. Januar 1990 angepasst. In Art. 10 wurden neu die selbständigen Gewerbe des öffentlichen Rechts definiert und in der Fassung vom 1. Juni 2004 heissen sie nur noch Institute des öffentlichen Rechts, wobei eine Bemerkung auf Art. 2 Bst. d des Fusionsgesetzes verweist.

In Art. 2 Bst. d Begriffe des Fusionsgesetzes heisst es:

Institute des öffentlichen Rechts: im Handelsregister eingetragene, organisatorisch verselbständigte Einrichtungen des öffentlichen Rechts des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, unabhängig davon, ob sie als juristische Person ausgestaltet sind oder nicht;

Damit wird immer mehr sichtbar, dass auf der Gesetzgebungsebene die Behörden und Ämter immer mehr zu Wirtschaftsunternehmen umfunktioniert werden. Aber genau das wird mit der Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Institutionen in Kapitalgesellschaften heimlich vollzogen, ohne das Volk vorher zu befragen. Aus der Geschichte ist genügend belegt, dass diese Eigenmächtigkeit kein Einzelfall ist und eine lange Tradition hat, auch wenn hier keine weiteren Beispiele mehr aufgezeigt werden.

Diese Entwicklung zeigt korporativ-faschistische Elemente, indem staatliche Kompetenzen auf Privatunternehmen übertragen werden. Korporativer Faschismus ist die Verschmelzung von Staat und Wirtschaft. Dieser widerspiegelt den Prozess der stillen und illegalen Umwandlung von Behörden und Ämtern hin zu privaten Kapitalgesellschaften und ist nur eine Folge des babylonischen Ziels: Die blinde und absolute Unterwerfung der gesamten Menschheit unter die Herrschaft von Babylon.

Die internationale Dimension^{25, 26}

Im Jahre 1990 wurde das International Business Leaders Forum (Internationale Forum (IBLF) für wirtschaftliche Führungskräfte, IBLF) durch Prinz Charles als unabhängige, gemeinnützige und globale Organisation gegründet, das sich auf Fragen der Nachhaltigkeit, des Wachstums und der Führung konzentrierte. Das Gründungstreffen in Charleston, South Carolina (USA), hatte den Titel «Wirtschaftsinteressen und die Herausforderung des globalen Marktes». Es wurde von über 100 weltweit führenden Unternehmen unterstützt. Es war eine Bewegung, um die Wirtschaft in die staatlichen Angelegenheiten der verschiedenen Nationen der Welt zu integrieren. Das soll zu einer globalen Integrierung führen, also einer neuen Weltordnung. Die IBLF wurde im Oktober 2013 aufgelöst und dann als IBLF Global²⁷ neu gegründet.

Das Ziel des Prinz-von-Wales-Wirtschaftsforums ist die kontinuierliche «Verbesserung» guter Bürgerschaft und nachhaltiger Entwicklung von Unternehmen weltweit als natürlicher Bestandteil erfolgreicher Unternehmensführung.

²⁵ Youtube.com: Walter Veith, 07 Die teletransportablen, nachhaltigen, strahlenden Prinzen, Teil 1, ab 9:30 Min.
<https://www.youtube.com/watch?v=yB34KHdK2Ys>

²⁶ Veon Joan M., Prince Charles: The Sustainable Prince, Hearthstone Publishing, 1997, 110 pages, ISBN 9781575580210, Kap. 83

²⁷ <https://www.iblfglobal.org/>

Zum Verständnis muss hier das Wort nachhaltig erklärt werden: Im allgemeinen Sprachgebrauch verstehen wir unter «nachhaltig» ein ökologisch optimales Verhalten, um die Natur zu schonen. Als Bill Clinton 1997 seine Antrittsrede hielt, brauchte er das Wort «nachhaltig», aber in einem andern Sinn.

Clintons Rede 1993 war: Wir brauchen neues Verantwortungsbewusstsein für ein neues Jahrhundert. Mit einer neuen Vision von Regierung, neuem Verantwortungsbewusstsein, neuem Gemeinschaftsgefühl, wird Amerikas Reise von Dauer (nachhaltig) sein. Die Verheissung, die wir in einem neuen Land suchten, werden wir in einem Land neuer Verheissung wiederentdecken.²⁸

Wenn wir von nachhaltiger Entwicklung reden, dann heisst das, dass das kontrolliert werden muss, um zu sehen, ob das auch wirklich nachhaltig ist! Das heisst, wenn wir irgendetwas machen wollen, dann muss das zuerst kontrolliert werden und ein Stempel vom Staat bekommen, damit das überhaupt erlaubt wird. Und somit können wir das Wort nachhaltig ersetzen mit Kontrolle oder Beherrschung. Je nachhaltiger etwas sein muss, je mehr muss es überprüft werden, je mehr wird man von oben, dem Staat bzw. von Babylon, kontrolliert.

Um diese nachhaltige Entwicklung auf der ganzen Welt zu fördern, wurden einige Massnahmen vorgeschlagen:

- § Zeigen, dass den Unternehmen als Entwicklungspartnern, besonders bei wirtschaftlichem Wandel, für das Wohlergehen der Gemeinden eine wesentliche und kreative Rolle zufällt.
- § Das Bewusstsein für die Wichtigkeit unternehmerischer Verantwortung in der internationalen Geschäftspraxis schärfen.
- § Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Gemeinden als effektives Mittel zur Umsetzung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung fördern. Also die ganze Gemeinschaft muss in diesen Bund inkorporiert werden.

Die öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) oder Public-private-Partnership (PPP) ist formell betrachtet eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen Institutionen und Unternehmen der Privatwirtschaft in einer Zweckgesellschaft. Ziel von PPP sei die Arbeitsteilung, wobei der private «Partner» die Verantwortung zur «effizienten» Erstellung der Leistung übernimmt, während die öffentliche Hand dafür «Sorge» trägt, dass «gemeinwohlorientierte Ziele beachtet» würden. Die öffentlich-rechtlichen Institutionen erwarten von der Partnerschaft mit der privaten Wirtschaft die Entlastung der angespannten öffentlichen Haushalte, da der private Unternehmer die Finanzierung ganz oder teilweise selbst besorgt und daher auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes achten muss. Die ersten Projekte gehen auf das Ende der 1980er Jahre zurück. Bei der PPP sind verschiedene Modelle der Beteiligung möglich.²⁹

Die Vereinten Nationen, sie wurden 1945 San Francisco als Corporation gegründet, gründete 1998 die United Nations Foundation. Damit will die UNO die Public-private-Partnership fördern. Das Startkapital von einer Milliarde Dollar wurde von Ted Turner, einem Mitglied des Komitees der 300 gesponsort.³⁰

Etwas pragmatischer ausgedrückt geht es bei der PPP darum, die öffentlich-rechtlichen Institutionen zu privatisieren, d.h. diese neu als Kapitalgesellschaften gegründeten «öffentlich-rechtlichen Institutionen» mit multinationalen Konzernen zu verschmelzen, damit Babylon sein Ziel erreichen kann: Die vollständige Unterwerfung der Menschheit unter seine Herrschaft. Aber genau das soll mit dem Fusionsgesetz erreicht werden.

Durch öffentlich-private Partnerschaft verschiebt sich das Kräfteverhältnis vom Volk zu dem Partner mit dem meisten Geld. Ist die Macht bei den grössten Portemonnaies (den Unternehmen) angekommen, sind wir im Faschismus gelandet – der Herrschaft grosser (neukonzipierter) Regierungen und grosser Unternehmen.

²⁸ Veon Joan M., *Prince Charles: The Sustainable Prince*, Kap. 4

²⁹ <https://de.wikipedia.org> à öffentlich-private Partnerschaft

³⁰ <https://de.wikipedia.org> à United Nations Foundation

6. Zusammenhänge

Wer glaubt, man könne diese verschiedenen Themen einzeln betrachten und angehen, sieht sich massiv getäuscht. Das eingangs Erklärte ist nur ein kleiner Teil eines Ganzen. Nicht nur die Ereignisse der letzten Jahre, sondern auch jene der letzten Jahrtausende stehen im gleichen Zusammenhang. Allerdings will das aufgrund der Konditionierung von Kirche, Schule, Politik und Medien niemand zur Kenntnis nehmen, denn die Studierenden glauben, sie wüssten, was Sache ist, weil sie es so im Studium gelernt haben.

Kaum jemand kennt die Wahrheit, weil nur Ideologien verbreitet werden und diese werden mit Halbwissen oder ganz Falschem zusätzlich vermengt, weshalb nichts Brauchbares entstehen kann.

Aus diesem Grund entstand die Corona-Pandemie nicht zufällig, weshalb die Ursachen der Entstehung nicht erkannt und die Gegenmassnahmen falsch angegangen wurden.³¹ Nicht zufällig und aus dem gleichen Grund hat Klaus Schwab, ein Bilderberger und der Gründer des World Economic Forum (WEF), das Buch *COVID-19: The Great Reset (COVID-19: Der Grosse Umbruch)* geschrieben. Darin hielt er u.a. fest:

In 10 Jahren (bis 2030) werden Sie nichts mehr besitzen und Sie werden glücklich sein.

Was passierte in den letzten zwei Jahren in ökonomischer Hinsicht? Wegen der willkürlich angezettelten Covid-19-Pandemie wurden wie auf Knopfdruck weltweit Lockdowns verhängt. Die Folge war, dass die Unternehmen ihre Tore schliessen und die Angestellten zu Hause bleiben mussten. Somit gab es bei beiden weniger Umsatz und damit weniger Verdienst. Die Grundausgaben blieben aber bestehen, womit sehr viele von ihrem Ersparten leben mussten und Teile davon haben es bereits aufgebraucht, weshalb sie zahlungsunfähig wurden. Die anderen haben jedoch ihre Reserven verkleinert.

Gleichzeitig konnten die ganz grossen Unternehmen wie beispielsweise Amazon mehr als 100'000 Leute zusätzlich einstellen und sie machten in den letzten Jahren zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen weltweit richtig Kasse. Damit fand eine weitere Verschiebung des Vermögens von Arm zu Reich statt, die von den «Behörden» weltweit willig gefördert wurde. Das ist nur der Anfang vom genannten Zitat.

Der Ukraine-Krieg bzw. die Sonderoperation in der Ukraine setzt diese Entwicklung fort. Nur so nebenbei sei erwähnt, wird die Ukraine der Vergangenheit angehören, weil der russische Osten (das Ur-Russland, die Kiewer Rus), wie wir jetzt sehen, von Russland einverleibt wird. Der übrige Rest der Ukraine wird, so wie sich die Anzeichen verdichten, von Polen mit Unterstützung von Ungarn und Rumänien einverleibt werden, womit Piłsudski's politische Idee des Intermarium mit der Drei-Meeres-Initiative entstehen wird. Inwieweit dies zudem mit der Visegrád-Gruppe³² zu tun hat, muss im Moment offen bleiben.

Die westlichen Staaten verhängen wegen dem von Putin gestarteten «Angriffskrieg» Wirtschaftssanktionen gegen Russland, wobei sie übersehen, dass sie diese Situation mit ihren politischen Handlungen in den letzten Jahrzehnten vorsätzlich herbei geschürt haben. Gemäss dem Titel, der Schlagzeilen, sind diese Sanktionen gegen Russland gerichtet. Schaut man jedoch etwas genauer hin, so stellt man fest, dass sie diese Länder ein Vielfaches treffen werden. So will Europa kein Gas und Öl mehr von Russland beziehen. Die Folgen werden dramatisch sein.

Der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck wiederholte³³ am 6. Juli 2022 folgendes:³⁴

Der Herbst 2022 werde teuer, und auf etwa 50 Prozent der Bevölkerung komme eine Situation zu, "in der sie weniger verdienen als sie ausgeben". Für die deutsche Wirtschaft bedeute der steile Anstieg der Energiepreise das dreifache Risiko von Kaufkraftverlust, drohender

³¹ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Ideologien à Ideologie COVID-19

³² Was hat Israel mit der Visegrád-Gruppe zu tun? (Valeriy Pyakin 25.02.2019)
<https://www.youtube.com/watch?v=Bx0M1P5FWJ8>

³³ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/robert-habeck-energiepolitik-1.5612658>

³⁴ RT, 12. Juli 2022: Deutschlands bitterer Weg in die Katastrophe: Keiner soll hungern, ohne zu frieren
<https://rtde.site/meinung/143262-deutschlands-bitterer-weg-in-katastrophe/>

Kreditklemme und Investitionsschwäche. In den Unternehmen gebe es eine wachsende Investitionszurückhaltung, und bei den Banken eine wachsende Zurückhaltung, Kredite zu vergeben.

Es explodieren nicht nur die Energiepreise, wie wir selbst feststellen können, sondern auch die Lieferketten brechen weiter zusammen, weil sie während der willkürlich angezettelten Covid-19-Pandemie bereits gebrochen wurden. Damit wird die gesamte Welt umgestaltet. Profitieren wird immer derjenige, der die dahinter stehenden Ideologien in die Wege geleitet hat. Das sind immer die Gleichen. Die Verlierer sind die einzelnen Menschen, womit sich deren Vermögen in der angebahnten Inflation weiter verringern wird.

Wie war das noch in Deutschland mit seiner Hyperinflation in den 1920er Jahren? Der brave Professor, der ein Leben lang in seine Pensionskasse einbezahlt hatte, konnte mit seiner ganzen angesparten Pension gerade noch ein Stück Brot kaufen. Dazu wird es wieder kommen, aber sehr viel schlimmer. Dazu müsste man sich endlich einmal mit dem Geld und dem Finanzsystem auseinander setzen.

Der Freimaurer Trotzki schrieb 1914 das Buch *Der Krieg und die Internationale*.³⁵ In der Einleitung schrieb er:

Für das Proletariat kann es sich bei diesen historischen Bedingungen nicht um die Verteidigung des überlebten nationalen „Vaterlandes“ handeln, das zum hauptsächlichsten Hemmnis für die ökonomische Entwicklung geworden ist, sondern um die Schaffung eines weit mächtigeren und widerstandsfähigeren Vaterlandes – der republikanischen Vereinigten Staaten Europas, als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt.

Die Europäische Union, sie entstand 1993 mit dem Vertrag von Maastricht, sind diese republikanischen Vereinigten Staaten Europas und der Euro wurde nicht zufällig kreiert. Der «Vater des Euro», Robert Mundell, ein Befürworter einer Welt-Einheitswährung, sagte:

Die Idee, dass der Euro fehlgeschlagen sei, zeugt von gefährlicher Naivität. Der Euro ist genau das, was sein Erzeuger und die 1 Prozent Reichen, die ihn unterstützen – vorhersah und beabsichtigte.³⁶

Es ist ein offenes Geheimnis, dass nicht nur der Euro, sondern auch der US-Dollar eines Tages keinen Wert mehr haben werden. Dann wird der Nutzen dieser Währungen öffentlich, indem die grossen Massen durch Hyperinflation enteignet werden und die ein Prozent (besser ein Promille, oder noch weniger) werden die Gewinner sein. Das war schon immer so, weshalb sich Schwabs «Prophezeiung» bewahrheiten wird.

Weiter sagte Mundell:

Mit dem Euro wird die Finanzpolitik aus der Reichweite der Politiker entfernt. Und ohne die Fiskalpolitik können Nationen nur dann ihre Arbeitsplätze erhalten, wenn sie die Marktregulierungen abbauen und dadurch wettbewerbsfähig werden.³⁶

Die Marktregulierungen finden laufend im Kleinen und im Grossen statt, als Beispiel in der Globalisierung, die in den 1980er Jahren begann. Gleichzeitig wird angedeutet, wenn auch nicht gesagt, dass die Nationalstaaten nichts mehr zu entscheiden haben, weshalb die Nationalstaaten überflüssig werden. Die Nachfolger der Nationalstaaten sind die illegal gegründeten Kapitalgesellschaften. Hier steckt die Absicht der illegalen Umwandlung und der verbissenen Unterdrückung deren Bekanntmachung. Und dazu steht die gesamte Staatsverwaltung im Dienst, das zu verhindern.

Dieses Szenario wurde jedoch schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Kommunistischen Manifest³⁷ in die Wege geleitet. Mit dem erstmaligen Erscheinen dieses Manifestes im Februar 1848 entbrannten in allen europäischen Staaten die Revolutionen. In der Folge wurden die Nationalstaaten

³⁵ Trotzki Lew Dawidowitsch, *Der Krieg und die Internationale*, Verlag der Grütlibuchhandlung, 1918. <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1914/kriegint/index.htm> und als E-Book www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Bücher à Trotzki Leo: Krieg und Internationale

³⁶ Der wahre Zweck des EURO: <https://www.youtube.com/watch?v=KBMAVBZ3DrE>

³⁷ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Bücher à Marx: Kommunistisches Manifest

gegründet. In diesem Manifest sind u.a. auch die Forderung zur Aufhebung des bürgerlichen Eigentums sowie weiterer geplanten Veränderungen, die in der Gesellschaft seit Jahrzehnten ablaufen, festgehalten. Schwabs Forderung ist somit lediglich die Umsetzung der Forderung des Kommunistischen Manifestes, was bestätigt, dass die Geschichte Jahrhunderte im Voraus geplant wird.

Aufgrund der Ereignisse, vor allem im Energiebereich, kann festgehalten werden, dass der Westen, insbesondere aber Europa bereits im nächsten Winter in die «Steinzeit» zurückgeworfen wird. Das ist aber nur der Anfang, denn der Great Reset, der Grosse Umbruch, wird noch weitere acht Jahre dauern. Deshalb wird sich der Morgenthau-Plan nicht nur für Deutschland bewahrheiten, sondern für ganz Europa, indem es in einen Agrarstaat umgewandelt wird. Dieser Agrarstaat wird aber nicht von vielen Bauern getragen werden, weil es diese nicht mehr geben wird, sondern von wenigen Grossgrundbesitzern, von multinationalen Unternehmen, also von Babylon, weil die grosse Masse nichts mehr besitzen wird. Das was heute in Holland mit der Stilllegung von Bauernhöfen beginnt, ist nur der Anfang.

Die westliche Industrie wurde im Zuge der Globalisierung bereits an China ausgelagert und wegen der Energiewende wurde sie zunehmend reduziert. Mit den Sanktionen, dem willkürlichen politischen Verzicht, Gas und Öl nicht mehr aus Russland zu beziehen, wird der Industrie abrupt die Energie entzogen, womit die Produktion zum Stillstand kommen wird. So ein Prozess ist nur durch eine umfassende und breite Indoktrinierung der Bevölkerung mit Ideologien möglich.

Die Corona-Gefahr scheint im Moment gebannt zu sein. Es ist aber sicher, dass ab dem Herbst 2022 wieder eine Pandemie ausgerufen wird und die illegalen Privatfirmen werden sich weiter anmassen, hoheitliche Handlungen anzuwenden und durchzusetzen. Damit ist sichergestellt, dass die Unternehmen weiterhin ihr Vermögen abbauen und in der Folge werden auch die Angestellten leer ausgehen. Die Folgen werden durch den vermehrten Einsatz von Robotern verstärkt, sodass Heerscharen von Arbeitslosen entstehen werden, die dahinvegetieren. Das ist nur der Anfang, denn bis zum Jahr 2030 geht es noch lange und zudem ist das Covid-19-Gesetz (SR 818.102) «nur» bis zum 31. Dezember 2031 gültig. Dann gibt es wie durch ein «Wunder» keine Spike-Viren mehr, die noch nie isoliert wurden, weil es eben nur ein Protein³⁸ ist, das infolge von Mikrowellen durch Stress entsteht.³⁹

Es ist aber von der selbsternannten Weltelite geplant, die Menschheit bis 2050 zu reduzieren:

Mindestens 4 Milliarden „nutzlose Esser“ sollen bis zum Jahr 2050 durch begrenzte Kriege, organisierte Epidemien tödlicher, schnell wirkender Krankheiten und Hunger eliminiert werden.⁴⁰

*Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894-1972),
Politiker und Gründer der Paneuropa-Union, Mitglied des Komitees der 300*

Aus diesem Grund erklärte der Freimaurer Rudolf Steiner im Jahre 1917 in seinen Vorträgen:⁴¹

Und die Zeit wird kommen,... wo man sagen darf: Es ist schon krankhaft beim Menschen, wenn er überhaupt an Geist und Seele denkt. ... Und man wird finden ... das entsprechende Arzneimittel, durch das man wirken wird. ... Die Seele wird man abschaffen durch ein Arzneimittel. Man wird aus einer «gesunden Anschauung» heraus einen Impfstoff finden, durch den der Organismus so bearbeitet wird in möglichst früher Jugend, möglichst gleich bei der Geburt, dass dieser menschliche Leib nicht zu dem Gedanken kommt: Es gibt eine Seele und einen Geist.»

³⁸ Langlitz Rainer, *Krone, Klima, Kontrolle Die Corona-Pandemie, die Macht und die Neuordnung der Welt. Mein Veto gegen die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ab April 2022*, Books on Demand, 2021, 152 Seiten, ISBN 9783755757214, Seite 99

Interview in Englisch: <https://odysee.com/@BretWeinstein:f/how-to-save-the-world,-in-three-easy:0?r=FuWwFotRbicqY9GHyWBqDdTNNHpaTgC9>

³⁹ Institut für Technikfolgen-Abschätzung (ITA) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Jänner 2020. https://www.parlament.gv.at/ZUSD/FTA/5G-Gesundheit_Endbericht_final.pdf

⁴⁰ Coleman John, *The Story Of The Committee Of 300*, Seite 105
<https://archive.org/details/TheStoryOfTheCommitteeOf300/TheStoryOfTheCommitteeOf300/>

⁴¹ Steiner Rudolf, *Geistige Wesen und ihre Wirkungen*, Band I, Die spirituellen Hintergründe der äusseren Welt, GA 177, Seite 97ff. <http://fvn-archiv.net/PDF/GA/GA177.pdf#view=Fit>

Deshalb müssen die Menschen geimpft werden, um das noch nie isolierte Spike-Virus, das nur ein Stressprotein ist und wegen der Mikrowellenstrahlung entsteht, die vorsätzlich verbreitet wird, zu «bekämpfen». Gleichzeitig ist bekannt, dass Impfungen das Immunsystem schädigen. Die Covid-19-Impfungen sind mRNA Impfungen, verabreicht mit Nanopartikel oder Vektoren. Hierzu hat der oberste Gerichtshof der USA 2013 entschieden, dass Geimpfte weltweit als patentiert gelten und faktisch in den Besitz des jeweiligen Impferstellers übergehen, wenn sie per Impfung genetisch manipuliertes Material erhalten haben. Deshalb gilt der gesamte Körper des Geimpften als Besitz des Herstellers (Pharmaunternehmen) der Genspritze. Mit dieser gegenüber den Opfern nicht deklarierten «*Rechtswirkung*» werden die Geimpften nicht mehr als natürliche Menschen, sondern als sogenannte «*Trans-Humans*» eingestuft. Alle Menschenrechte, die für natürliche Personen gelten, sollen bei diesen «*trans-humanen*» Geimpften ausnahmslos entfallen. Seit 2013 gelten für alle mRNA-Geimpften, den sogenannten «*Trans-Humane*», auch keine anderen Rechte, z.B. als Staatsbürger. Dies betrifft nicht nur die in den USA lebenden Geimpften, sondern weltweit alle mRNA Geimpften.⁴²

Mit dieser «Impfung», sprich mit dieser Giftspritze, werden die Menschen gleichzeitig gechipt.⁴³ Damit kann man sie noch besser überwachen.

Das alles ist für Konditionierte nur schwer nachzuvollziehen. Wenn man sich mit der Philosophie (recte philosophia) tief auseinander setzen würde, könnte man das Beschriebene sehr viel besser verstehen. Deshalb ist es wichtig den Aufsatz Herrschaft⁶ genau zu studieren.

Wie Sie daraus erkennen können, kann die Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Institutionen nicht isoliert betrachtet werden. Sie kann nur im Zusammenhang verstanden werden, weshalb wir die Geschichte nicht kennen dürfen und schon gar nicht die Lehre der drei Welten.

Wer glaubt, das Skizzierte sei alles im Zusammenhang des Great Reset, wird sich täuschen. Es wird noch eine viel mächtigere Auseinandersetzung geben als in der Ukraine. China will Taiwan wieder ins Reich integrieren, nachdem die Kuomintang unter dem Babylonier Generalissimus Chiang Kai-shek im Bürgerkrieg nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die babylonischen Kommunisten unterlag und auf die Insel Formosa (Taiwan) flüchteten. Xi Jinping sucht deshalb bei seinen babylonischen Brüdern nach Hilfe, weil auch er nur ein Lakai ist. Übersetzungshilfe: «*La guerra che verra*» bedeutet in Deutsch: Der kommende Krieg.



Beschwerde

Am 31 März 2022 hat der Schreibende dem Kreisgericht Wil in einem Zivilverfahren seine Klageantwort⁴⁴ zukommen lassen. Das Kreisgericht hat seither gar nichts unternommen, nicht einmal die Klageantwort der Klägerin zur Stellungnahme übermittelt. Es verharret in völliger Teilnahmslosigkeit. Gleichzeitig ist es formell und materiell befangen und zudem fehlt ihm die hoheitliche Legitimation.

Dazu sind einige Erklärungen erforderlich:

7. Die Legitimität

Der Kanton St. Gallen wird als Subsidiary bzw. als Parent beschrieben. Er verfügt über Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland und hat eine Handelsregisternummer. Wann der Kanton «incorporated» wurde, ist nicht verzeichnet. Als Tochter- und zugleich als Muttergesellschaft ist er deshalb eine Kapitalgesellschaft (Aktiengesellschaft). Bei allen übrigen Kantonen ist es genau gleich. Als Gründungsjahr wird 1803 angegeben. Da wurde die Gründung des Kantons wörtlich genommen. In den Wirtschaftsdatenbanken wird als Gründungsjahr jedoch das Jahr des erstmaligen Eintrags im Handelsregister aufgeführt. Im Jahre 1803 gab es noch kein Handelsregister. Als Geschäftsführer werden

⁴² https://www.supremecourt.gov/opinions/12pdf/12-398_1b7d.pdf

⁴³ <https://www.bitchute.com/video/OC7HW6FXTsPU/>

⁴⁴ www.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Kanton St. Gallen à Zivilklage à Klageantwort ans Kreisgericht Wil vom 31. März 2022

Martin Gehrler (Key Principal) und Martin Klöti angegeben. Gehrler war in den Jahren 2000 bis 2008 Staatssekretär und in den Jahren 2008 bis 2016 Regierungsrat und stand dem Finanzdepartement vor. Martin Klöti war in den Jahren 2012 bis 2020 ebenfalls Regierungsrat. Hinter der Bezahlschranke von dnb.com werden die weiteren Geschäftsführer angegeben. Bis zum Beweis des Gegenteils ist davon auszugehen, dass die übrigen Geschäftsführer (Mitglieder der Geschäftsleitung) mit den anderen Regierungsräten identisch sind. Aus den Angaben ist zu schliessen, dass der Kanton St. Gallen in den Jahren zwischen 2012 und 2016 «incorporated» wurde, d.h. als Kapitalgesellschaft ins Handelsregister eingetragen wurde. Siehe unter www.monetas.ch.

Die Staatskanzlei wurde im Jahre 2018 als Tochtergesellschaft «incorporated» und das Volkswirtschaftsdepartement im Jahre 2017. Die Jahreszahlen zu den anderen Departementen sind nicht bekannt. Mit Ausnahme des Sicherheits- und Justizdepartement werden alle übrigen Departemente als Subsidiary / Parent bezeichnet.

Wie die Hierarchie in den Gerichten genau definiert ist, lässt sich nicht schlüssig belegen. Sicher ist jedoch, dass alle Gerichte eine angegliederte Organisation der illegal gegründeten Kapitalgesellschaft Kanton St. Gallen sind. Ob die Kreisgerichte dem Kantonsgericht unterstellt sind, ist zurzeit nicht erkennbar.

Das Kantonsgericht St. Gallen wird als Subsidiary beschrieben und wurde am 26. März 2013 «incorporated». Es ist daher eine illegal gegründete Kapitalgesellschaft. Unter der Rubrik Zeichnungsberechtigte wird unter Name lediglich vermerkt «Kantonsgericht St. Gallen» und «Unterschriftsart nicht gemeldet».

Das Kreisgericht Wil wird als «Independent», also angeblich als «unabhängig» bezeichnet. Dahinter verbirgt sich entweder eine Tochtergesellschaft oder eine Zweigniederlassung. Weil das Kreisgericht See-Gaster als Subsidiary bezeichnet wird, muss es sich bei einer Einheitlichkeit der Kreisgerichte beim Kreisgericht Wil ebenfalls um eine Tochtergesellschaft handeln. Letzteres wurde erstmals im Jahre 2014 ins Handelsregister eingetragen und am 11. November 2019 selbstverständlich wiederum illegal «incorporated».

8. Gerichte sind weder unabhängig noch unparteiisch

Wie im Kapitel 2 in Verbindung mit Kapitel 3 erklärt, begehen alle Gerichte institutionell Strafdelikte, indem sie willkürlich urteilen und mit Regierung und Parlament gegen das Volk agieren. Sie verstossen daher gegen Artikel 6 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK, SR 0.101), welche die Schweiz, vertreten durch den Bilderberger und Mitglied des Club of Rome, Bundesrat Kurt Furgler, am 28. November 1974 ratifiziert und in Kraft gesetzt hat. Die Gerichte sind daher weder unabhängig noch unparteiisch, weil sie die babylonischen Ideologien, die in Gesetze verpackt sind, schützen. Auf diese Weise unterstützen sie nur die wahren Herrscher von Babylon, nicht aber das Volk. Das wiederum bestätigt, dass die illegal zu privaten Kapitalgesellschaften umgewandelten Behörden und Ämter nur den Zweck verfolgen, die Herrscher von Babylon zu bevorteilen, damit sie ihr Jahrtausende altes Ziel erreichen können.

9. BAR-Vermutungen

Die private Organisation British Accredited Registry-Association, kurz BAR-Association oder BAR genannt, ist allgemein eine Vereinigung von Anwälten, Staatsanwälten und Richtern.

Die heutige International Bar Association (IBA) wurde 1947 gegründet und ist massgeblich an der Erarbeitung internationaler Rechtsreformen sowie der Gestaltung der Zukunft des juristischen Berufsstandes weltweit beteiligt.⁴⁵ Sie verfolgt daher die babylonische Agenda. Der Schweizerische Anwaltsverband vertritt in der Schweiz die Interessen der IBA.⁴⁶

⁴⁵ www.ibanet.org

⁴⁶ <https://www.sav-fsa.ch/interessenvertretung>

In geschichtlicher Hinsicht ist die BAR ein Element der britischen Krone. Da aber der englische König Johann Ohneland (1267-1216) seine Krone im Jahre 1213 den Templern als Vertreter des Vatikans vermacht hat und jährlich noch 1000 Mark Sterling dafür bezahlte, damit er sie noch tragen durfte, gehört sie seither dem Vatikan. Hinter dem Vatikan steckt Babylon.

Diese Organisation hat für die verschiedenen Justizverfahren zwölf hinterhältige Bedingungen aufgestellt, die besser unter den zwölf BAR-Vermutungen bekannt sind.

Die Gerichte sind die unterste Instanz von fünf und nicht drei Mächten. Die Nationalstaaten wurden (sie haben wegen der Umwandlung in Kapitalgesellschaften keine Bedeutung mehr) von den eigentlichen Herrschern, der ersten Macht, errichtet. Wie bereits erklärt, dienen die Gerichte dieser ersten Macht, den eigentlichen Herrschern. Diese BAR-Vermutungen werden auch im Schweizerischen Rechtssystem angewendet, ohne dass die Betroffenen diese privaten «Regeln» kennen, weil sie nicht kommuniziert, aber auch an den babylonischen Universitäten nicht gelehrt werden. Damit werden die Rechtsuchenden einmal mehr betrogen, womit offensichtlich wird, dass die Gerichte wiederum den eigentlichen versteckten Herrschern die Macht sichern.

Alle diese BAR-Vermutungen werden hiermit abgemahnt.

10. Materielle Befangenheit des Kreisgerichtes Wil

Das Bezirksgericht Untertoggenburg, heute Kreisgericht Wil, hatte im Verfahren OV.2000.34-UB zweimal die Kosten dem Schreibenden willkürlich überbürdet, obschon er gegenüber dem Kläger obsiegt hatte.

Ein weiterer Richter war vorher als Staatsanwalt tätig. In dieser Eigenschaft erhielt er von Schreibenden eine Strafanzeige zur Bearbeitung. Einige Wochen nach dessen Eingang teilte er in einem Telefon mit, dass die Anzeige mit dem Pfändungsbetrug richtig sei. Zirka ein gutes Jahr später rief er wieder an und teilte mit, dass er gedenke das Verfahren einzustellen. Die Akteneinsicht ergab, dass er rein gar nichts unternommen hatte, nicht einmal das Aktenverzeichnis eröffnet. Weil er sich schlussendlich aufgrund eines Briefes des Schreibenden für befangen hielt, gab er das Verfahren ab und sein Nachfolger stellte das Verfahren ein. Das Anrufen der Anklagekammer brachte ausser Spesen nichts.

Der Kantonsrat

Es ist offensichtlich, dass der Kantonsrat kein unbeschriebenes Blatt ist, weil es dazu zu viele Korrespondenzen gibt, die ihn schwer belasten, sehr wahrscheinlich nicht nur vom Schreibenden.

11. Nachweis der Legitimation

Der Kantonsrat ist eine angegliederte Organisationseinheit des Kantons St. Gallen, denn er steht nicht ausserhalb, sondern innerhalb der Organisation des Kantons. Nachdem wir festgestellt haben, dass der Kanton St. Gallen als Subsidiary bzw. als Parent beschrieben wird und er über Tochtergesellschaften und Niederlassungen im Ausland verfügt, deutet alles darauf hin, dass er eine Aktiengesellschaft sein muss. Demzufolge ist der Kantonsrat ein Teil dieser Aktiengesellschaft.

Das was für alle Angestellten der illegalen Unternehmen bereits gesagt wurde, dass sie auf eigenes Risiko handeln, gilt dementsprechend auch für alle Mitglieder des Kantonsrates. Der Kantonsrat hat deshalb zuerst seine hoheitliche und handelsrechtliche Legitimität beglaubigt zu beweisen, bevor er irgendwelche weiteren Handlungen in vorliegender Angelegenheit unternimmt.

Hier sei allerdings noch ein Hinweis gegeben: Als der Schreibende 2016 erstmals von der Thematik, dass die öffentlich-rechtlichen Institutionen still und heimlich zu privaten Kapitalgesellschaften umgewandelt werden, hörte, begann er erstmals zu recherchieren. Der Zufall wollte es, dass er jemanden im Handelsregisteramt kannte. Bei einem Gespräch bestätigte dieser, dass beispielsweise die St. Galler Kantonspolizei einen Handelsregistereintrag habe.

Als der Schreibende im Dezember 2021 einige Handelsregisterämter anschrieb und Auskünfte über diese illegalen Firmen habe wollte, wurde ihm von der Registerführer-Stellvertreterin, Sanja Ugrica,

mitgeteilt, dass keine solchen Firmen im Register vorhanden seien. Wie konnte sechs Jahre zuvor mein Kontakt mitteilen, dass es Einträge gab und weshalb publiziert Dun & Bradstreet Schweiz AG solche Angaben, auch wenn sie nicht vollständig sind? Weshalb konnte D&B in seiner Antwort vom 30. November 2021 festhalten, dass sie sie Daten vom Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) sowie Inkasounernehmen/Geschäftspartnern oder Firmeninterviews habe und weshalb wurde zwei Wochen vorher mündlich mitgeteilt, die Daten stammten von den Handelsregistern, Zefix (Handelsamtsblatt) und Bundesamt für Statistik?

Wo es Rauch hat, gibt es Feuer und es ist bis zum Beweis des Gegenteils davon auszugehen, dass die Akten bis auf eine Ausnahme vollständig sind. Die unvollständige Akte ist jene des Volksentscheids.

Solange niemand direkt aussagen will, muss deshalb zuerst das Handelsregisteramt untersucht werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die meisten Mitarbeiter keinen Zugang zu diesen Daten haben. Dies wird über die Software gesteuert. Diese Software wurde durch die DV Bern AG entwickelt und die gleiche Firma hütet für die meisten Handelsregisterämter auch die Daten auf ihren eigenen Servern. Sie liegen daher nicht beim Handelsregisteramt oder gar beim Kanton, sondern bei privaten Dritten. Inwieweit die DV Bern AG mit darin verwickelt ist, wird sich weisen. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass sie bzw. einzelne Funktionäre dieser Firma eine Rolle spielen.

12. Die Eingaben wegen unhaltbarer Zustände im Kanton St. Gallen

Am 23. August 2001 hat der Schreibende dem Kantonsrat seine Eingabe 1 wegen unhaltbarer Zustände im Kanton St. Gallen⁴⁷ eingereicht. Darin wurden u.a. das St. Galler Strafprozessgesetz und die Aufsichtsbeschwerden an die Regierung des Jahres 2000 thematisiert. Die Antwort des Kantonsrats kann im Protokoll vom 28. November 2001 nachgelesen werden.⁴⁸

Und am 7. Februar 2002 folgte die Eingabe 2 wegen unhaltbarer Zustände im Kanton St. Gallen⁴⁹. Themen waren u.a. die Aufsichtsbeschwerde, die Berichte der kommunalen Geschäftsprüfungskommissionen, die Entwicklung des Gemeindeggesetzes sowie die Entwicklung der Kantonsverfassung. Die Antwort des Kantonsrats kann im Protokoll vom 7. Mai 2002 nachgelesen werden.⁵⁰

Nachstehend wird nur auf einzelne Themen eingegangen, die im Zusammenhang mit fehlender Herrschaft stehen und die Aufsichtsbeschwerden werden nur im Rahmen dieser Themen abgehandelt.

Die Berichte der kommunalen Geschäftsprüfungskommissionen

Aufgrund der Willkür des Gemeinderates Flawil mit seiner Gemeindeverwaltung beschäftigte sich der Schreibende gezielt mit herrschaftlichen Vorgehensfragen und deren Praxis. Schnell stellte er fest, dass die Berichte der kommunalen Geschäftsprüfungskommission (GPK) nicht dem was er feststellen musste, übereinstimmte, weshalb diese Berichte nicht das wiedergaben, wie es das Gemeindeggesetz damals verlangte. Deshalb wurden diese GPK-Berichte an die Bürgerversammlung in der Aufsichtsbeschwerde vom 7. Februar 2000⁵¹ thematisiert.

Die dem Beschwerdeführer zugestellte Antwort der Regierung vom 5. Dezember 2000 enthält keine Angaben zu diesem Thema. Der GPK-Bericht über das Jahr 2000 erfolgte wieder genau gleich, ohne jeden Inhalt über das Geschäft und damit wieder entgegen dem Gemeindeggesetz. Die GPK bestätigte dem Schreibenden damals ausdrücklich, dass sie den Bericht genau nach den Vorgaben der Regierung

⁴⁷ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Eingaben an den Kantonsrat à Eingabe 1 an den Grossen Rat, vom 23. August 2001 (pdf)

⁴⁸ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Eingaben an den Kantonsrat à Protokoll des Grossen Rates zu Eingabe 1, vom 28. November 2001 (pdf)

⁴⁹ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Eingaben an den Kantonsrat à Eingabe 2 an den Grossen Rat, vom 7. Februar 2002 (pdf)

⁵⁰ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Eingaben an den Kantonsrat à Protokoll des Grossen Rates zu Eingabe 2, vom 7. Mai 2002 (pdf)

⁵¹ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Regierung à Aufsichtsbeschwerde, vom 7. Februar 2000 (pdf)

abgefasst habe. Damit ist erstellt, dass es politische Absicht war und ist, der Bürgerversammlung Informationen vorzuenthalten, damit sie keine Grundlagen für Führungsentscheide erhält. So kann man sie an der Nase herumführen und behaupten, alles sei in bester Ordnung, selbst wenn alles völlig desolat ist. Entscheidend ist die Intensität der Propaganda und damit der «behördliche» Nimbus.

Die ersten Recherchen ergaben, dass alle GPK-Berichte aller Gemeinden im Kanton nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprachen. Im Gespräch vom 19. September 2001 teilte Regierungsrätin Hilber mit, dass es interne und externe GPK-Berichte gebe. Nach dem Gemeindegesetz gab es damals nur einen GPK-Bericht und in diesem durften nur Rechenfehler und Verschiebe korrigiert werden, nachdem er dem Gemeinderat zur Einsicht überstellt wurde. Die Abfassung von zwei separaten Berichten widersprach dem Gesetz und ermöglichte erst die Selektion von Informationen an die Bürgerversammlung, damit sie keine Führungsentscheide fällen konnte.

Die Entwicklung des Gemeindegesetzes

Aufgrund der genannten Feststellungen recherchierte der Schreibende die Entwicklung bzw. die materiellen Veränderungen im Gemeindegesetz sowie des vorangehenden Organisationsgesetzes.⁵²

Das Resultat war eindeutig, denn vor allem mit dem Übergang vom Organisationsgesetz zum Gemeindegesetz wurden massive Einschränkungen bezüglich der Information der Bürgerversammlung durch Gemeinderat und Geschäftsprüfungskommission vollzogen, womit die Bürgerversammlung nur noch mit Propaganda des Gesamtgemeinderates versorgt wurde und der GPK wurde jegliche Kritik untersagt, weshalb es interne und externe GPK-Berichte gibt. Die internen sprechen Klartext und bei den externen an die Bürgerversammlung werden jährlich nur noch die Variablen ausgetauscht. Auf diese Weise wurde behauptet, alles sei in bester Ordnung, was natürlich nicht der Fall ist, denn Verbrechen sind an der Tagesordnung.

In den weiteren Gemeindegesetzen wurden noch die letzten Mechanismen ausgerottet, die es erlaubt hätte, der Bürgerversammlung noch die eine oder andere Information bekannt zu machen. Seit 20 Jahren ist das gar nicht mehr möglich, denn alles ist seither gleichgeschaltet. Das ist die «volksnahe» Arbeit des Kantonsrates, die nichts anderes als die Korruption fördert!

Die Entwicklung der Kantonsverfassung⁵³

Die Änderungen in der Verfassung widerspiegeln in etwa jene Veränderungen im Gemeindegesetz, allerdings auf höherer Ebene. Es geht im Kern um Fragen der Herrschaft und wie diese durch den tatsächlichen Herrscher direkter durchgesetzt werden kann, ohne den Volksvertretern ein substantielles Mitspracherecht einzuräumen bzw. ihnen noch die letzten Kompetenzen zu nehmen. Sie können durchaus mitbestimmen, sprich das beschliessen, was ihnen vorgegeben wird, aber sie dürfen keinesfalls eigenständig handeln. Dazu ist der Kantonsrat auch gar nicht in der Lage, denn die einen sind so verblödet und die anderen so vorsätzlich kriminell.

St. Galler Strafprozessgesetz (Ermächtigungsverfahren)

Unter dem Titel St. Galler Strafprozessgesetz wurde speziell das Ermächtigungsverfahren in Frage gestellt. Der Kantonsrat hat die vorgelegten Fragen völlig übergangen und sich auf die Gewaltenteilung berufen, weshalb das Parlament keine Gerichtsurteile inhaltlich prüfen dürfe.

Hier stossen wir aber zum zentralen Problem vor, denn wie im Kapitel 2 erklärt, wurde die parlamentarische Oberaufsicht in den 1950er Jahren schweizweit gezielt aufgehoben, um die neue Ideologie Gewaltenteilung einführen zu können. Dabei muss beachtet werden, dass derjenige der teilt, auch den Nutzen der neuen Ideologie haben wird. Das kann nur Babylon sein.

⁵² www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Eingaben an den Kantonsrat à Die Entwicklung des Gemeindegesetzes, vom 7. Februar 2002 (pdf)

⁵³ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Eingaben an den Kantonsrat à Entwicklung der neuen Kantonsverfassung, vom 7. Februar 2002 (pdf)

Wie aus den Analysen der Amtsberichte der Gerichte hervorgeht, folgte die Justiz- und Behördenwillkür auf den Fuss. Das ergab sich auch bei der Anklagekammer so.

An einem Beispiel wird verdeutlicht, wie das von statten ging: Aufgrund der Aufsichtsbeschwerde vom 7. Februar 2000 hielt die Regierung in Ihrer Entscheid vom 5. Dezember 2000⁵⁴ fest, dass sie Zwangsmassnahmen gegen den Gemeinderat ergreifen musste. Diese wurden nicht genauer spezifiziert, doch sie erhob ebenfalls Strafanzeige.⁵⁵

Im Januar 2003 publizierte der Gemeinderat Flawil das Ergebnis der Aufarbeitung aller Baugesuche. In den Jahren 1988 bis 1998 wurden 49 Mal die kantonalen Bewilligungen nicht eingeholt. An dessen Stelle entschied die Baukommission eigenmächtig. Hier muss ausdrücklich ergänzt werden, dass die fehlenden kantonalen Bewilligungen nur ein Teil der formellen Verbrechen beinhaltet. Dazu kommen aber noch eine Vielzahl von materiellen Verbrechen wie beispielsweise Amtsmissbrauch, Vorteilsgewährung oder Vorteilsannahme, die gar nie untersucht wurden.

Aus der Korrespondenz im Rahmen des Ermächtigungsverfahrens ging hervor, dass die Regierung nur drei Gemeinderäte anzeigte, obschon vier in der Baukommission sassen. Sie hatte den Gemeindamann Isenring, den ehemaligen Grossratspräsidenten, ein Babylonier, begünstigt.

Sowohl die Regierung als auch die Anklagekammer (AK) hielten fest, dass das Nichteinholen von kantonalen Bewilligungen den Straftatbestand der ungetreuen Amtsführung erfülle. Trotzdem entschied die AK, dass nur einstweilige Ermittlungen gegen den Baupräsidenten zu erfolgen habe. Wie die Verfahren schlussendlich abgelaufen waren, ist dem Schreibenden unbekannt. Jedenfalls gab es eine dürre Zeitungsmeldung, dass der Baupräsident vor Gericht zweitinstanzlich frei gesprochen wurde. In der Thematik ging es jedoch um ein Ausstandsverfahren und nicht um das Nichteinholen von kantonalen Bewilligungen.

Diese Strafdelikte sind lediglich eine Folge der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht über die Staatsverwaltung, aber auch der Vereitelung von Fakten in den kommunalen GPK-Berichten an die Bürgerversammlung, zusammen mit dem willkürlich angewendeten Ermächtigungsverfahren in Strafsachen. Letztendlich ist es immer eine Frage der Herrschaft.

Sodann muss der Kantonsrat detailliert erklären, wie es möglich ist, wenn Regierung und AK Strafdelikte bestätigen, im Endeffekt jedoch niemand behelligt wurde und die Kriminalität weiter geht. Die Regierung hat daher die Aufsichtsbeschwerde gar nie richtig an die Hand genommen, sondern nur so getan, dass sich die Wogen wieder glätteten, damit die Kriminalität weiter gehen konnte. Genau gleich verhielt sich der Kantonsrat, in dem er die Eingaben willkürlich nieder schlug und auf diese Weise nicht nur die Regierung und die Gerichte schützte, sondern auch das Narrativ, der babylonischen Ideologien.

Einer der damaligen Richter in der Anklagekammer, die institutionell Verbrechen begangen haben, sitzt seit 2003 im Kantonsrat. Es ist der Rechtsanwalt Walter Locher. Er sass von 1992 bis 2009 als Vizepräsident in der Anklagekammer. Als Anwalt ist er ja so oder so bereits ein Betrüger.⁵⁶

Die Aufsichtsbeschwerden

Ein Teil der genannten Themen waren Bestandteil der Aufsichtsbeschwerde vom 7. Februar 2000, womit ersichtlich wird, dass die Regierung diese völlig willkürlich entschieden hatte, um die dahinterstehenden Ideologien zu schützen, damit die Verbrechen weiter gehen konnten.

In diesem Sinn wurden auch die Beschwerden über die Vergabe der amtlichen Publikationen der Gemeinde Flawil⁵⁷ vom 21. März 2001 und vom 24. August 2002 sowie an die Regierung vom 12. Dezem-

⁵⁴ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Regierung à Entscheid der Regierung Nr. 896 vom 5. Dezember 2000 über die Aufsichtsbeschwerde, vom 7. Februar 2000 (pdf)

⁵⁵ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Strafanzeige gegen den Gemeinderat Flawil und Konsorten à Diverse Schriften

⁵⁶ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Recht à Anwälte à Brief an den Schweizerischen Anwaltsverband vom 13. April 2022: Die Rolle der Anwälte – Allgemeine Bedingungen

⁵⁷ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Vergabe der amtlichen Publikationen der Gemeinde Flawil

ber 2001 völlig willkürlich entschieden. So entschied beispielsweise das Baudepartement am 9. November 2001, dass der Beschwerdeführer dem Anwalt der Druckerei Flawil eine Entschädigung hätte bezahlen müssen. In einer Aufsichtsbeschwerde ist die Erhebung von Entschädigungen an Gegenanwälte unzulässig. Eine diesbezügliche Beschwerde an die Regierung wies sie mit Entscheid Nr. 128 vom 5. März 2002 ab und drohte im Falle von (weiteren) trölerischen Eingaben mit Kostenüberbindung.

Am 4. Juni 2002 entschied das Verwaltungsgericht in besagter Kostenaufgabe und hob sie auf. Der Gemeinderat liess sich vom Entscheid des Verwaltungsgerichtes nicht sonderlich beeindruckt, weshalb er wiederum eine Submission durchführte, aber so, dass alle Rechte von Dritten unterlaufen wurden. Das Baudepartement entschied schlussendlich wieder zugunsten der Korruption, indem es behauptete, dass alles konform verlaufen sei, keine Kosten auferlegte, womit keine Beschwerdemöglichkeit mehr vorhanden war.

In diesem Zusammenhang muss auch die Abweisung der Wahlbeschwerde⁵⁸ betrachtet werden, weil die Gemeinderatswahlen 2000 manipuliert waren. Der Gemeinderat beeinflusste mittels eines PR-Beraters die einzige örtliche Zeitung, weil diese die genannten Vergaben der amtlichen Publikationen zugeschlagen erhielt. Solange kein Wille vorhanden ist, elementarste politische Vorgänge transparent zu gestalten, besteht auch kein Wille, die politische Korruption in Regierung und Staatsverwaltung aufzudecken.

Der Kantonsrat ist dabei der Steigbügelhalter für diese Korruption und diese Verbrechen, denn er segnet sie alle entweder direkt oder indirekt ab. Er ist ein Teil des kriminellen babylonischen Systems, wie wir im Kapitel 2 und 3 erkannt haben. Daher ist es offensichtlich, dass der Kantonsrat die Eingaben des Beschwerdeführers, aber auch von Dritten, völlig willkürlich entschieden hatte.

Hier sei ausdrücklich erwähnt, dass der Beschwerdeführer nicht die Justizkommission angeschrieben hatte, sondern den gesamten Kantonsrat. Es haftet daher nicht nur die Kommission, sondern der gesamte Kantonsrat. Genau gleich verhält es sich mit der vorliegenden Beschwerde.

Zusammenfassung und Konsequenzen

Schlussendlich ist festzuhalten, dass der Kantonsrat, aber auch alle anderen Organe, im Minimum eine angegliederte Organisationseinheit einer illegal gegründeten privaten Kapitalgesellschaft ist, deren Handelsbevollmächtigte weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert sind zu handeln.

- Deshalb handeln diese behaupteten staatlichen Organe bzw. diese privaten Angestellten nicht gemäss Art. 5 Abs. 3 Bundesverfassung (BV, SR, 101) nach Treu und Glauben
- Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein. (Art. 5 Abs. 4 BV). Das was diese Funktionäre entscheiden, ist nicht im öffentlichen Interesse, weil sie für private Firmen handeln.
- Bund und Kantone beachten das Völkerrecht nicht (Art. 5 Abs. 4 BV)
- Einschränkungen von Grundrechten bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. Schwerwiegende Einschränkungen müssen im Gesetz selbst vorgesehen sein. (Art. 36 BV)
Weil der Kerngehalt der Grundrechte unantastbar ist, wurden die Einschränkungen in Bezug auf die Ideologie Mensch / Person nie definiert.
- Die Gerichte sind gemäss Art. 6 EMRK (SR 0.101) und entgegen Art. 5 Abs. 4 BV weder unabhängig noch unparteiisch.
- Da die Gerichte die in Gesetze gegossenen Ideologien schützen, sind sie auch materiell befangen.
- Die Gerichte, aber auch die Staatsverwaltung, bedienen sich nicht legaler Praktiken (BAR-Vermutungen)
- Damit unterstützen sie alle eine kriminelle Organisation (Art. 260ter StGB, SR 311.0).
- Sie gefährden damit die verfassungsmässige Ordnung (Art. 275 StGB).

⁵⁸ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Kanton St. Gallen à Wahlbeschwerde an das Departement des Innern wegen der Gemeinderatswahlen in der Gemeinde Flawil vom 24. September 2000

Daraus folgert sich selbstredend, dass die beantragte Beschwerde gutzuheissen ist. Allerdings kann der Kantonsrat so einen Entscheid ohne hoheitliche und handelsrechtliche Legitimation nicht fällen, ansonsten würde er im Minimum Amtsanmassung begehen.

Aus diesem Grund kann der Kantonsrat, oder korrekter nur deren Angestellten, ihre eigene Meinung kund tun, weil es die öffentlich-rechtliche Institution Kantonsrat wegen der illegalen Privatisierung nicht mehr gibt. Die neue Firma gibt es formell ebenfalls nicht, weil sie nicht im Schweizerischen Handelsamtsblatt publiziert wurde. Und da die Handelsbevollmächtigten dieser handlungsunfähigen und keine hoheitlichen Rechte besitzenden Firma nicht im Handelsamtsblatt publiziert wurden, können deren Angestellten nur ihre eigenen Meinungen kund tun.

Forderungen

13. Nachweis der Legitimation

Aufgrund der gesamten Konstellation hat der Kantonsrat vor der Anhandnahme der übrigen Beschwerdeforderungen zuerst die beglaubigten Nachweise der Legitimation folgender Organisationen vorzulegen. Es sind dies:

- Kanton St. Gallen
 - Kantonsrat des Kantons St. Gallen
 - Alle sieben Departemente des Kantons St. Gallen
 - Staatskanzlei des Kantons St. Gallen
 - Alle Gerichte des Kantons St. Gallen
1. Vollständig beglaubigter Nachweis der handelsrechtlichen Legitimität gemäss Handelsregisterverordnung (alle öffentlichen Angaben) samt den Angaben über deren Veröffentlichungen (SHAB).
 2. Beglaubigter handelsrechtlicher Nachweis sämtlicher Handlungsbevollmächtigten mit Angaben über deren Veröffentlichungen (SHAB).
 3. Beglaubigter Nachweis, wer, wie, wofür und wodurch die Mitglieder des Kantonsrates die Rechte zur Vornahme hoheitlicher Handlungen übertragen bekommen haben, auf welchen Staat oder Firma sie vereidigt wurden.
Für diejenigen, die die Legitimation erteilt haben, ist der gleiche Nachweis wie in den Positionen 1 bis 3 zu erbringen.
 4. Beglaubigter Nachweis, wer Eigentümer dieser Gesellschaften ist.

Diese Nachweise müssen die gesamte Geschichte der Zeitspanne vom ersten Handelsregistereintrag bis heute abbilden und detailliert Auskunft geben, wer wann was unternommen hat.

Diese Nachweise sind bis spätestens am 29. August 2022 zu erbringen.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die Einholung dieser beglaubigten Nachweise nicht einfach sein wird, weil die Handelsregister diese Daten nicht herausgeben, obschon sie mit einer Ausnahme alle eingetragen sind. Notfalls können Sie den Nachweis mit der Firma Dun&Bradstreet Schweiz AG erbringen, wenn sie die Lieferanten der Datenangabe preis gibt. D&B hat bereits erklärt, woher sie die Angaben hat.²³

Die St. Galler Regierung wurde zu diesem Thema bereits mit Schreiben vom 6.⁵⁹ und 31. Oktober 2020⁶⁰ angeschrieben, doch sie unternimmt aus Vorsatz nichts, weil sie diese Korruption selbst organisiert hat.

⁵⁹ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Kanton St. Gallen à Busse Kantonspolizei à Meine besonderen Bedingungen an alle Mitglieder der St. Galler Regierung, vom 6. Oktober 2020

⁶⁰ www.politik.brunner-architekt.ch à Politik à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Kanton St. Gallen à Fehlende Legitimation der Regierung à Inpflichtnahme der gesamten Regierung wegen ihrer fehlenden handelsrechtlichen und hoheitlichen Legitimation, vom 31. Oktober 2020

14. Weitere Forderungen

Der Kantonsrat muss sich bewusst sein, dass er diese weiteren Forderungen nur erfüllen kann, wenn er eine öffentlich-rechtliche Institution ist oder eine legitime Firma mit hoheitlicher Kompetenz und nicht bloss eine angegliederte Organisationseinheit der illegalen Firma Kanton St. Gallen und der illegalen Firma Schweizerische Eidgenossenschaft ist. Das heisst, der Kanton St. Gallen und die Schweizerische Eidgenossenschaft müssen im Minimum zurück umgewandelt sein, ansonsten der Kantonsrat weiterhin amtsanmassend handelt.

Alle diese Forderungen bzw. Nachweise sind bis spätestens am 21. September 2022 zu erbringen.

1. Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht

Der Kantonsrat weist aufgrund von Protokollen und Berichten öffentlich nach, dass er ab den 1950er Jahren die parlamentarische Oberaufsicht eingestellt hat, damit die Behördenwillkür, insbesondere an den Gerichten, nachher beginnen konnte.

2. Aufhebung der Befangenheit der Gerichte

Der Kantonsrat hat die Befangenheit aller Gerichte aufzuheben. Das umfasst die Rückumwandlung in eine öffentlich-rechtliche Institution, die Wiederaufnahme der materiellen parlamentarischen Oberaufsicht über die Gerichte durch den Kantonsrat, die Abschaffung der BAR-Vermutungen und die Entlassung aller bisherigen Richter und Gerichtsschreiber. In weiteren Schritten sind die Richter neu zu wählen sowie die bisherigen Amtsträger strafrechtlich zu verfolgen.

3. Die kommunalen Geschäftsprüfungskommissionen

Der Kantonsrat hat einzugestehen, dass er die Informationskompetenzen der kommunalen Geschäftsprüfungskommissionen, aber auch des Gemeinderates, an die Bürgerversammlung vorsätzlich veränderte, damit letztere keine Schlüsselinformationen mehr erhielten, um die Gemeindeverwaltung zu kontrollieren. Sie ist eine Folge der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht.

4. Die Einführung des Ermächtigungsverfahrens in Strafsachen

Der Kantonsrat hat einzugestehen, dass er das Ermächtigungsverfahren in Strafsachen in betrügerischer Absicht einführte, damit die infolge der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht begangenen Verbrechen durch die Funktionäre der Staatsverwaltung nicht mehr verfolgt werden können.

5. Aufsichtsbeschwerde 2000

Der Kantonsrat hat die von der Regierung mit Entscheid Nr. 896 vom 5. Dezember 2000 entschiedene Aufsichtsbeschwerde neu zu beurteilen. Die Logik der damaligen Abweisung liegt in den bereits thematisierten Beschwerdethemen zugrunde, die ebenfalls nie materiell entschieden wurden, weil damit die Büchse der Pandora geöffnet worden wäre.

6. Wahlbeschwerde 2000

Der Kantonsrat hat den Entscheid über die Wahlbeschwerde 2000 des Departements des Innern bzw. der Regierung neu zu beurteilen. Die Logik der damaligen Abweisung liegt wiederum in den bereits thematisierten Beschwerdethemen begründet.

7. Vergabe der amtlichen Publikationen der Gemeinde Flawil

Der Kantonsrat hat die Entscheide über die Vergabe der amtlichen Publikationen neu zu beurteilen. Auch hier liegt die Logik der damaligen Abweisung wiederum in den bereits thematisierten Beschwerdethemen begründet. Es ist immer der gleiche Hintergrund.

8. Bestätigung als Mensch

Sie bestätigen mir, dass ich ein Mensch bin. Alternativ haben Sie den Nachweis zu erbringen, dass der Beschwerdeführer Alex W. Brunner je in Kenntnis der Tragweite eingewilligt hat, dass er den Status einer Person haben will.

Sie werden alle diese Forderungen nur richtig beantworten können, wenn Sie die Zusammenhänge der Grundlagen (Kapitel 1 bis 6) durchgehend verstanden haben.

Meine besonderen Bedingungen:

Sollte der Kantonsrat diese Beschwerde bearbeiten, bevor deren Vertreter die geforderten beglaubigten Nachweise erbracht haben oder die gesetzte Frist vom 29. August 2022 ungenutzt verstrichen ist, treten deren Mitglieder automatisch und zusätzlich mit ihren jeweiligen Handlungen oder Nichthandlungen in die nachstehenden Bedingungen ein.

1. Nachweis der Legitimation

- a. Weisen die «Angestellten» des «Kantonsrates» Rechtsbegehren jeder Art an den Gesuchsteller im Sinne der «Zusammenfassung und Konsequenzen» mit dem Hinweis zurück, dass alle Gerichte und die übrigen als «Behörden und Ämter» getarnten Privatfirmen weder handelsrechtlich noch hoheitlich legitimiert sind und dass deshalb alle ihre Handlungen ungültig sind, und teilt das gleichzeitig allen Parteien innert Frist in einer persönlichen Meinung schriftlich mit, so zeitigt das keine finanziellen Folgen.
- b. Sollte der Kantonsrat den Nachweis der Legitimation nicht innert Frist erbringen, so willigen alle Mitglieder bzw. «Angestellten» des «Kantonsrates» ein, dem Beschwerdeführer eine Pönale zu bezahlen. Die Pönale beträgt je Mitglied bzw. «Angestellten» je 50 Kilogramm Gold⁶¹.
- c. Erfolgt die Legitimation nicht innert Frist, so beginnt ab 30. August 2022 eine Gebühr zu laufen. Sie endet, wenn für alle in Kapitel 13 genannten Gesellschaften der beglaubigte Handelsregisterauszug veröffentlicht wird. Die Gebühr beträgt zwölf Kilogramm Gold je Kalendertag.

2. Die weiteren Forderungen gemäss Kapitel 14

- a. Sollten der im Kapitel 14 genannte Termin der verschiedenen Forderungen nicht eingehalten werden, so willigen alle Mitglieder des Kantonsrates ein, dem Beschwerdeführer für jede der versäumten Forderung je eine Pönale zu bezahlen. Die Pönale beträgt für jedes Mitglied bzw. «Angestellten» bzw. je Forderung je 20 Kilogramm Gold.
- b. Gleichzeitig mit dem Verstreichen der gesetzten Frist beginnt für jede Forderung eine Gebühr zu laufen. Sie endet, wenn die Forderung erfüllt, bzw. sachlich begründet ist. Alle Mitglieder des Kantonsrates willigen ein, diese Gebühr dem Beschwerdeführer gesamthaft zu bezahlen. Die Gebühr beträgt je Forderung und Kalendertag zwölf Kilogramm Gold.

3. Zahlungsbedingungen

- a. Die Pönalen und Gebühren werden grundsätzlich mit den entsprechenden Handlungen fällig, wobei ich von Zeit zu Zeit dem Kanton St. Gallen Rechnung stellen werde.
- b. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage, wobei die Übergabe mindestens 14 Tage vorher abgesprochen werden muss.
- c. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird ab 31. Tag automatisch eine weitere Gebühr von zwei Kilogramm Gold pro Kalendertag fällig.
- d. Es gilt das Bringprinzip.
- e. Alle Mitglieder des Kantonsrates haften solidarisch.
- f. Sollten die Mitglieder des Kantonsrates nicht in der Lage sein, die anfallenden Pönalen und Gebühren aus den eingegangenen Verträgen mit mir vollständig selbst zu bezahlen, so haften für den Restbetrag alle übrigen Angestellten der kantonalen Verwaltung solidarisch.

⁶¹ Wenn lediglich Gold steht, so ist damit immer Feingold mit 999 Gewichtspro mille bzw. 24 Karat gemeint.

Auf der Homepage des Kantonsrates sind anstatt der 120 nur 117 Mitglieder aufgelistet. Wenn die fehlenden Kantonsräte gewählt werden, treten sie mit der Vereidigung automatisch in diese Bedingungen ein.

Schlussbemerkung

Die Mitglieder des Kantonsrates müssen es sich überlegen, wie lange Sie die kriminelle Organisation (Art. 260ter StGB) noch länger unterstützen wollen, die hinter diesen Veränderungen steht. Fakt ist, dass der Samen, den der Beschwerdeführer schon vor Jahren gelegt hat, Wurzeln geschlagen hat und nun zu spriessen beginnt. Diese Saat kann nun nicht mehr zerstört werden, weil sie bereits zu tief in der Bevölkerung verankert ist. Dieser gesäte Geist wird sich kontinuierlich verbreitern, selbst dann, wenn der Beschwerdeführer physisch liquidiert würde, weil das gestreute Wissen bereits zu weit verbreitet ist. An seiner Stelle würden andere treten. Deshalb ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die entstandene Bewegung das bisherige babylonische System über den Haufen werfen wird. Dann wird die Zeit des Aufräumens und der Abrechnung kommen und alle, die das bisherige System vorsätzlich in amtsanmassender und krimineller Weise unterstützt haben, werden dann einen sehr schweren Stand haben. Je länger Sie wie bisher weiter machen, desto schwieriger wird Ihre Situation werden.

Gemäss der Präambel der Bundesverfassung ist frei, der die Freiheit gebraucht. Der Beschwerdeführer hält hiermit mit Nachdruck fest, dass er diese Freiheit gebrauchen und durchsetzen wird, komme was wolle. Je grösser der Widerstand sein wird, desto grösser wird die Kraft dagegen sein. Das bestehende babylonische System steht in der Schweiz vor dem Ende und vor der vollständigen Vernichtung. Die ersten Risse sind in der «Staatsverwaltung» und «Gerichten» schon lange sichtbar und es kommen immer mehr dazu.

Dies ist lediglich ein Gedankenanstoss. Sie entscheiden in völliger Unabhängigkeit, müssen sich nachher aber nie beklagen.

PS: Sie finden diese Beschwerde in elektronischer Form auf meiner Homepage⁶².

Adieu

Mensch Alex W. Brunner

⁶² www.brunner-architekt.ch à Politik à Schriftenwechsel à Kanton St. Gallen à Beschwerde an den Kantonsrat